

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Noch einmal die Invalidenversicherung.

II.

Die Niedrigkeit der Rente wird also neben anderem auch mit der mangelnden Leistungsfähigkeit der Beteiligten nach den Rücksichten auf die Exportfähigkeit der Industrie begründet. Wir wollen zunächst dahin gestellt sein lassen, ob jene recht haben, welche behaupten, daß mit den prozentualen Beiträgen bereits höhere Renten geleistet werden könnten, als tatsächlich vorgesehen sind. Es ist bei Beurteilung der Frage nicht zu übersehen, daß eine Organisation von dem Umfange, wie sie die geplante Alters- und Invaliden-Versicherung sein wird, bis jetzt ohne Beispiel da ist und daß Vorkehrung deshalb unter allen Umständen nothwendig ist. Wenn deshalb die Beiträge eher etwas zu hoch als zu niedrig gerechnet sind, so ist das gewiß eher zu billigen als zu tadeln. Wir stimmen auch darin den Motiven zu, daß eine Erhöhung der Rente später eine viel angesehene Maßnahme sein würde, als eine Heruntersetzung derselben. Auch daß die Beitragssätze für die Arbeiter jetzt so hoch sind, daß sie nicht wohl eine Steigerung erlauben, geben wir unbedenklich zu. Ein Arbeiter, der für täglich 60 Pf. bis zu 1 Mark für seinen „Herrn“ frohden ist, wie es bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und auch in der Hausindustrie sehr häufig der Fall ist, der auch die 6 Pf., die er in der ersten Klasse zu bezahlen hat, und zwar wird dies um so mehr der Fall sein, je gerade diesen ärmsten und widerstandsunfähigsten Arbeitern gegenüber die Arbeitgeber am ehesten zu der Preisübernahme werden, ihren Antheil an dem Versicherungsbeitrag durch Lohnkürzungen ebenfalls auf die Arbeiter abzumwälzen.

Feuilleton.

Raskolnikow.

Roman von F. M. Dostojewski. Aus dem Russischen übersetzt von Wilh. Gendel.

„Ach, ich spreche jetzt nicht von Beweisen, sondern von der Fragestellung, von der Art und Weise, wie sie ihre Kraft entfalten! ... davon ist die Rede, zum Teufel! ...“ er wurde gedrückt, gepreßt und auf jede Weise gequält, bis er endlich gestand: nicht auf dem Trottoir, sondern in der Wohnung, wo wir anstrichen, fand ich das Schächtelchen. — Auf welche Weise? — Es war so: wir waren den ganzen Tag, bis Abends 8 Uhr gearbeitet und waren eben im Begriff fortzugehen, da nahm Nitrija den Pinsel, schmierte mir damit Farbe ins Gesicht und lief davon; — ich ihm nach. Ich laufe also und schreie, was ich thun kann; wie ich aber von der Treppe hinab unter den Fußweg komme, fliege ich in vollem Lauf gegen den Hausknecht, der mir mit einigen Herren — wie viele es waren, erinnere ich mich nicht — entgegen kam; der Hausknecht schimpfte mich, der andere Hausknecht schimpfte auch, und das Weib des Hausknechts, die aus ihrer Wohnung herauskam, schimpfte auch, und ein Herr, der mit einer Dame von der Straße herangekommen war, schimpfte uns ebenfalls, weil wir, ich Nitrija, quer im Wege lagen; ich hatte Nitrija an den Hals gepackt, hingeworfen und schlug ihn, auch er war in die Haare gefahren und schlug mich gleichfalls. Wir waren das aber nicht aus Bosheit, sondern bloß spielend, denn wir waren in aller Freundschaft. Dann machte sich Nitrija frei, lief auf die Straße hinaus und ich ihm nach, konnte ihn aber nicht einholen und kam daher allein in die Wohnung, — denn wir mußten noch aufstrichen. Ich fing an aufzuräumen und wartete auf Nitrija, um dann zusammen fortzugehen. Da trat ich im Vorzimmer

junger, arbeitskräftiger Männer von der Arbeit weg zu nehmen und sie in der Kaserne bei vollständig unproduktiver Thätigkeit auf Reichskosten zu unterhalten, so gut lassen sich auch die Mittel aufstreifen, um den 1 200 000 Arbeitsinvaliden, welche nach Eintritt des Beharrungszustandes nach den Berechnungen der Denkschrift vorhanden sein werden, den bescheidenen Lebensunterhalt zu sichern, den ihnen der Entwurf verspricht, aber in seiner jetzigen Gestalt nicht gewährt.

Wir wissen wohl, daß eine allgemeine Steigerung der Steuerlasten nicht gut anständig ist, aber man übersehe doch auch nicht, daß mit der Durchführung der Invalidenversicherung ein großer Theil Armenlasten wegfällt. Warum soll nun damit anderen bestehenden Klassen ein Geschenk gemacht werden? Man führe für den Wegfall der Armenlasten eine Reichseinkommensteuer ein, deren Erträge ausschließlich für die Invalidenversorgung verwendet werden, und man wird damit wahrscheinlich den Betrag schon reichlich hereinbringen, der nöthig ist, um die Mehrausgaben für die Erhöhung der Renten zu decken.

Es ist überhaupt lächerlich, von einer Sozialreform zu Gunsten der arbeitenden Klasse zu reden, wenn die betr. Maßregeln nicht dahin führen sollen, daß der Antheil der Arbeiter an dem Ertragniß der nationalen Arbeit sich steigert. Will man den invaliden Arbeitern in Zukunft nicht mehr geben, als sie bisher unter der Armenpflege auch schon hatten, dann lasse man sich doch lieber mit der ganzen „Sozialreform“ begnügen. Eine Sozialreform, welche nichts weiter ist, als eine Umtaufung unserer Armenpflege, die beweist bloß, daß es den maßgebenden Kreisen sowohl an dem Willen als auch an der Fähigkeit fehlt, eine durchgreifende Bessergestaltung der Arbeiter-Verhältnisse überhaupt herbei zu führen.

Der weitere Einwand, daß unsere Exportfähigkeit durch höhere Rentensätze leiden könnte, ist wohl kaum besonders tragisch zu nehmen. Das Hauptabgabebiet für alle Industrien bleibt doch immer das Inland. Wenn nun unsere Million Arbeitsinvaliden in die Lage versetzt wird, sich auch noch etwas anderes zu kaufen, als Kartoffeln und Springelade, so wird diese Konsumsteigerung auch der produktiven Arbeit wieder zu Nutzen kommen. Im übrigen haben Regierung und Reichstag nicht gezögert, im Interesse unserer 15 000 Großgrundbesitzer den Roggenzoll auf 50 M. pro Tonne zu steigern, durch welche Maßregel, in Verbindung mit den sonstigen agrarischen und anderen Schutzzöllen, unser Export in schwerster Weise geschädigt wurde, indem unsere früheren Abnehmer ihre Grenzen für unsere Industrieprodukte nun auch sperrten. Wenn also die Rückzufuhr auf die Exportfähigkeit gegenüber den Agrariern zurücktreten mußte, so wird sie wohl auch nicht daran hindern dürfen, der Million Veteranen der Arbeit dazu zu verhelfen, daß sie sich an ihrem Lebens-

abend satt essen können. Uebrigens glaubt wohl im Ernst kein Mensch daran, daß unsere Industrie aufhören werde, exportfähig zu sein, wenn unsere alten und invaliden Arbeiter nicht mehr Hunger leiden würden.

Die Erhöhung der Rente bis zu einem Satze, mit dem in Wirklichkeit das erreicht werden kann, was die Vorlage verspricht, nämlich ein bescheidener Lebensunterhalt, wird also nach wie vor eine Forderung bleiben, von der die Vertreter der Arbeiter unter keinen Umständen abgehen dürfen. Ebenso wenig werden dieselben aber dem Quittungsbuche zustimmen können. Wir haben uns früher über diese unangenehme Beigabe der Vorlage schon eingehend ausgesprochen, und wir wollen jetzt nur konstatieren, daß auch die Denkschrift zugiebt, was wir früher eingehend ausführten, daß das Quittungsbuch, abgesehen von der Gefahr, daß es zu einem Arbeitsbuch ausartet, seinen Zweck, das beste Mittel für die Beurkundung des Anspruchs des Versicherten und der Verpflichtung der Versicherungsanstalt zu sein, nicht erfüllt. In der Denkschrift heißt es nämlich in Bezug auf den Fall, daß der Arbeiter sein Quittungsbuch verliert:

„Geht ein Quittungsbuch verloren, so kann dasselbe wieder hergestellt werden, sofern nur ein ausreichender Beweis für den Inhalt der verlorenen Urkunde erbracht werden kann. Ist letzteres nicht möglich, so hat der Verlust eines Quittungsbuchs allerdings die nachtheilige Folge, daß der Arbeiter für diejenige Zeit, für welche das Buch Marken enthielt, die Entrichtung von Beiträgen nicht beweisen kann und sich demgemäß bei der bereinigten Feststellung der Rente eine entsprechende Kürzung der Rente wird gefallen lassen müssen.“

Nun, eine schärfere Beurtheilung des Quittungsbuchs, als sie in dieser Darstellung der Denkschrift selbst enthalten ist, läßt sich wohl überhaupt nicht mehr niederschreiben. Was würde man zu einem Gesekentwurf sagen, der ausspräche, daß bei Verlust eines Sparlassenbuchs der darauf eingezahlte Betrag verloren geht?

In Bezug auf die beiden weiteren Forderungen, die wir aufgestellt haben, wollen wir uns nicht mehr weiter auslassen, als wir es früher bereits gethan haben. Bemerkte sei nur, daß in der Denkschrift die Ausschließung der freien Hilfsklassen damit begründet wird, daß „die eingeschriebenen Hilfsklassen ein Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmern zur Lösung sozialpolitischer Aufgaben ver- s ch m ä h e n.“

Die Ausschließung wird also ausdrücklich als eine Strafe dafür erklärt, weil die Arbeiter in den freien Klassen auf eine Bevormundung durch die Arbeitgeber verzichten, und ihre Klassen, wie ihnen dies das Gesetz übrigens ausdrücklich einräumt — selbst ver-

im Winkel hinter der Thür auf das Schächtelchen. Ich sehe nach, da lag etwas in Papier gewickelt. Ich wickelte es auf, machte die kleinen Fältchen los — und da waren Ohrringe drin.

— Hinter der Thür? hinter der Thür lag es? hinter der Thür? — rief plötzlich Raskolnikow, der mit trüben, ängstlichen Augen Rasumichin anstarrte und sich langsam emporrichtete.

— Ja ... was ist denn los? Was hast Du? Was ist mit Dir? — Rasumichin stand auf.

— Nichts! ... sagte Raskolnikow kaum hörbar, ließ sich wieder aufs Kissen nieder und drehte sich zur Wand hin. Alle schwiegen eine Weile.

— Er war gewiß eingebuselt und ist plötzlich erwacht, sagte endlich Rasumichin und schaute fragend auf Sossimow; dieser machte mit dem Kopf ein leichtes, verneinendes Zeichen.

— Nun, fahre doch fort, sagte Sossimow — wie ging's weiter?

— Wie es weiter ging? Raum hatte er die Ohrringe erblickt, so vergaß er Wohnung und Nitrija, ergriff seine Mütze, lief zu Duschkin und belam von ihm, wie schon bekannt, einen Kubel, log ihm aber vor, daß er die Ohrringe auf dem Trottoir gefunden habe; dann fing er an zu saufen. Von dem Nord aber wiederholte er das früher Gesagte: Ich weiß von nichts, hab' es erst den dritten Tag erfahren. — Und weshalb hast du dich nicht früher eingestellt? — Aus Furcht. — Und weshalb wolltest du dich erhängen? — Ich machte mir Gedanken. — Was für Gedanken? — Daß man mich verurtheilen würde. — Nun, das ist die ganze Geschichte. Was meinst Du wohl jetzt, was sie daraus gefolgert haben?

— Was ich meine? eine Fährte, freilich eine undeutliche Fährte, aber immerhin ein Faltum ist vorhanden; man kann doch Deinen Anstreicher nicht ohne weiteres laufen lassen?

auf den Kopf zugesagt! Sie haben ja nicht den leisesten Zweifel mehr.

— Ach, sei nur nicht gleich so hitzig! — „Nun, aber die Ohrringe? Du mußt doch zugeben, daß, wenn am gleichen Tag und zur gleichen Stunde Ohrringe aus dem Koffer der Alten in Nitolais Hände gerathen, — daß sie doch irgendwie dahin gekommen sein müssen? Das ist bei einer solchen Untersuchung doch keine Kleinigkeit!“

— Wie sie dahin gekommen sind? rief Rasumichin — Du, Doktor, der vor allen Dingen die menschliche Natur studiren soll, und der die meiste Gelegenheit dazu hat, — siehst Du denn nicht, nach allen diesen Anzeichen, was dieser Nitolai für eine Natur ist? Siehst Du denn nicht auf den ersten Blick, daß alles, was er beim Verhör aussagte, die reinste, heiligste Wahrheit ist? Allurats so, wie er es erzählte, ist es auch gewesen; er ist auf die Schachtel getreten und hat sie aufgehoben.

— Die heiligste Wahrheit? Und vorher hat er eingestanden, daß er gelogen habe!

— Höre mich an, höre mich aufmerksam an: Der Hausknecht, Koch, Bestirjalkow, der andere Hausknecht, die Frau des ersteren und eine Frau, die zu gleicher Zeit in ihrer Wohnung saß, der Hofrath Arjukow, welcher in demselben Augenblick von der Droßkole gestiegen und Arm in Arm mit einer Dame in den Thorweg hineingegangen war, — alle, d. h. acht bis zehn Zeugen, sagen einstimmig aus, daß Nitolai den Dimitrij auf der Erde unter sich hatte, daß er auf ihm lag und ihn prügelte und daß dieser jenem in die Haare gefahren war und auch auf ihn loszuschlug. Beide liegen quer im Wege und versperren den Durchgang; von allen Seiten schimpft man, sie aber liegen „wie kleine Kinder“ (der buchstäbliche Ausdruck der Zeugen) auf einander, kreischen, prügeln sich und lachen; beide lachen unabhängig, mit den komischsten Grimassen, einer jagt dem andern nach und beide laufen, ganz wie die Kinder, auf die Straße hinaus. Hörst Du's! Nun, merke wohl auf: Oben liegen noch die warmen, hörst Du, die warmen Körper der Todten, sie waren noch warm, als man sie auffand! Wenn also

die Spinnererei eingehe und die Spinnererei allein fortzuführen werde. Vor wenigen Tagen nun brach in der Fabrik aus, dasselbe legte aber nur die alten Spinnereigebäude in die Höhe, während die Spinnererei völlig unversehrt blieb. Ein Umbau ist unter diesen Umständen nicht möglich; die Maschinen sind verschert. Das nennt man doch Glück!

Jam Ebersfelder Geheimbundsprozess schreibt die "Freie Presse": In verschiedene Zeitungen ist die Nachricht übergegangen, als ob mit der Zustellung von Seiten des Untersuchungsrichters an die in Sachen des hiesigen Geheimbundsprozesses beteiligten Personen die Anklageschrift verlesen sei. Dem ist jedoch nicht so, es ist nur mitgeteilt worden, dass die Voruntersuchung geschlossen ist. Ebenso unklar ist die Zahl derjenigen festzustellen, die in die Untersuchung gezogen worden sind. Es ist vorgekommen, dass Personen zuerst in Frage und dann als Angeklugte vernommen wurden. Es ist in der Presse theils von 130, theils von 250 Angeklugten die Rede gewesen. Bis jetzt läßt sich wohl noch gar nicht die Zahl derjenigen feststellen, die als Angeklugte vernommen werden. Allerdings ist als feststehend betrachtet worden, dass unter 100 Angeklugte nicht auf den Anklagebank erscheinen werden und daß die öffentlichen Verhandlungen die Dauer von 12 Monaten erreichen werden. Ein solcher Riesprozess dürfte wohl bis jetzt einzig in Deutschland dastehen. In unserem Landgerichtsgebäude ist kein geeigneter Saal zur Aufnahme der Angeklagten nebst den in Aussicht gestellten Zeugen vorhanden. Aus dem Prozess nicht zu warten wäre, bis das in Aussicht genommene Justizgebäude fertig gestellt ist? Die Arbeiterkreise ist dagegen die Meinung vertreten, daß zu den Verhandlungen der große Saal des Johannisberges Raum biete, und da in diesem mächtigen Saal so oft zu den Verhandlungen gesprochen worden, könne man auch die Gerichtsverhandlungen über das, was dort gesprochen, abhätten. Probenhaft ist bei dieser Betrachtung scheint es am Plage, einmal anzunehmen, wie viel die Untersuchung zu diesem Prozesse den Reichthum eingetragen hat. Am 4. April d. J. wurde mit den Voruntersuchungen begonnen und bis in die letzten Tage damit fortgeschritten. Die Zahl derselben ist wohl schwerlich festzustellen, wohl aber davon Betroffenen es nicht laut werden lassen, und nicht, sich geschädigt zu schädigen. Verschiedene Hundert es aber zweifellos. Am selben Tage mit den Hausverhandlungen wurden in Ebersfeld 15 Verhaftungen vorgenommen, von einer einzigen Ausnahme lauter Familienmitglieder. Die Entlassung, gegen Kaution, erfolgte am 7. Juni, die letzte am 22. Juni. Es sind im Ganzen über 1000 Tage oder 3 Monate 5 Tage oder 3 Jahre und 5 Tage Untersuchungsdauer verstrichen. Der Verlust für die Familien der inhaftierten Personen war groß, und kaum war der letzte aus der Untersuchungshaft entlassen, als ein polizeiliches Verbot erschien, für die Familien der inhaftierten Gewesenen zu sammeln. Wie es für die meisten der Entlassenen war, über diese Lage hinwegzulassen, vermag nur derjenige zu ermessen, der ähnlicher Lage sich befunden. Die Summe der Kautionen, welche hinterlegt werden mußten, beträgt nahezu 10 000 M., welche nicht verzinnt werden. Dazu kommt noch die ungeheure Zahl der Vernehmungen, welche am 4. April begannen und bis zum 21. November sich erstreckten, an welchem Tage die Voruntersuchung geschlossen wurde. An manchem Tage wurden über 12 Vernehmungen vorgenommen und dieselben erstreckten sich über ganz Deutschland. Der Verlust an Arbeitszeit, welcher durch herbeigeführt wurde, läßt sich schwerlich feststellen. Dafür aber auch diejenigen, welche auf die eine oder andere Weise durch dieses Verfahren hineingezogen worden sind, von der Vorteilhaftigkeit dieser Zustände erbauet und werden bei der nächsten darbietenden Gelegenheit wohl nicht verfehlen, diesen Geschehnissen öffentlich Ausdruck zu geben.

Die Stuttgarter Arbeiterparisi hat in zahlreich besetzter Versammlung den Schreiner Karl Rios als Kandidat für den Landtag aufgestellt.

Wegen einer Pressebeleidigung ist der verantwortliche Redakteur des deutschfranzösischen "Stegener Volksblatt", Robert Meyer, zu der ungewöhnlich hohen Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurtheilt. — Meyer war wegen eines Artikels vom 1. Juni über das Verhalten der Kartellbrüder gegen Kaiser Wilhelm der Beleidigung des Mitinhabers der nationalliberalen "Volkshahn-Blg.", Heinrich Klein, beschuldigt.

Wegen Gotteslästerung und Religionsbeschimpfung wurde der Redakteur Krüger von der "Antisemitischen Korrespondenz" zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. Es handelt sich dabei um den Inhalt des unlängst beschlagnahmten antisemitischen Pamphlets.

Schweiz.

Auch im Luzernerischen Großen Rath wurde wegen eines bundesrätlichen Kreis Schreibens interpellirt. Herr End, der Interpellant, erinnerte an die früheren Geschäftsunterforschungen in Luzern, welche indes zu nichts geführt hätten, wie die Polizeidirektion vorausgesehen. Das bundesrätliche Birkular sei nur ein Abklatsch aus dem monarchischen

— Robion Romanytsch Rasolnikow, den Herrn Stumm oder ehemaligen Studenten? — Sossimow hätte vielleicht geantwortet, wenn ihm Rasolnikow, an den die Frage gar nicht gerichtet war, nicht zuvorgekommen wäre: — Dort liegt er auf dem Sopha! Und Sie, — was wollen Sie?

Dieses familiäre "Was wollen Sie" verschmupfte den kühnen Herrn; er hätte sich fast gegen Rasolnikow gewandt, hielt aber rechtzeitig inne und richtete seinen Blick wieder fragend auf Sossimow.

— Das ist Rasolnikow! — brachte Sossimow, auf den Kranken hinweisend, hervor und gähnte dann außerordentlich lange und mit weit aufgesperrtem Munde. Dann zog er langsam seine dicke, goldene Remontoir-Uhr aus der Hosentasche, öffnete sie, schaute darauf und steckte sie ebenso langsam und phlegmatisch wieder ein.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Die zehn Gebote der Frau sagt ein amerikanisches Blatt in folgenden Sätzen zusammen: 1) Hüte Dich vor dem Streit, nicht er aber heran, so frähe ihn dray zu Ende; es ist von weittragender Bedeutung, daß Du in demselben Stehen bleibst. 2) Vergiß nicht, daß Du an einem Mann verheiratet bist und nicht an einen Gott, damit seine Unvollkommenheiten Dich nicht überlasten. 3) Duale ihn nicht fortwährend um Geld, sondern suche mit der festgesetzten Wochensumme zusammenzukommen. 4) Wenn Dein Gatte kein Herz besitzen sollte, so behalt er doch unweifelhaft einen Magen; Du wirst gut thun, Dir durch gut gekochte Speisen die Gutmüthigkeit zu erwerben. 5) Dann und wann, nicht zu oft, laße ihm das letzte Wort; es streuet ihn und bringt Dir keinen Verlust. 6) Lies außer dem Geburts-, Verlobungs- und Todesanzeigen auch den langweiligen Inhalt der Zeitungen und sei über Dinge unterrichtet, die im Auslande passiren; er wird sich bei Gelegenheit wundern, im Hause über Politik und Tagesereignisse sprechen zu können, ohne ins Wirthshaus zu müssen. 7) Sei stets —

Ausland. Statt Geheimpolizisten in Arbeiterversammlungen zu schicken, brauche die Regierung nur ein schweizerisches Arbeiterblatt zu abonniren, um sich wöchentlich zwei Mal über das, was in Arbeiterkreisen vorgehe, zu orientiren. Es sei von Interesse, zu vernehmen, was der kantonale Polizeidirektor in Sachen des Birkulars zu thun gedenke. Herr Regierungsrath Schöbinger antwortet, die Regierung habe vom bundesrätlichen Schreiben Kenntnis erhalten und dasselbe der Polizeidirektion übermittle. Was dasselbe bedeutet, haben andere Kantonsregierungen bereits gesagt, und Herr End hätte die Ansicht des Luzernerischen Polizeidirektors auch auf dessen Bureau vernehmen können. (Ein Mitglied des Großen Rathes wird doch nichts Unschickliches begreifen, wenn es im Rathssaal seine Frage stellt. Die Red.) Ich habe mich bis jetzt nicht veranlaßt gesehen, der Regierung in Sachen von irgend welchen Maßnahmen, die auf Grund des Birkulars getroffen worden wären, Kenntnis zu geben. Persönlich hat die Polizeidirektion das Schreiben, das sie in seiner Redaktion nicht beschließen möchte, immer nur in seinen naturgemäßen Schranken beurtheilt und deshalb auch keine besonderen Maßnahmen getroffen. Das Polizeibüro in Arbeiter- und anderen Versammlungen in Uniform erscheinen, ist nicht möglich, da sie ja nur zum Zweck der Information hingehen und diese Information — und nichts weiteres — wird eben auch durch das bundesrätliche Schreiben bewirkt. Doch die Grenzen der polizeilichen Nachforschungen in Luzern zu weit gezogen werden (Eindringen in geheime Versammlungen u. s. w.) sei nicht zu befürchten, zu solchen Leistungen liege keine Veranlassung vor. Herr End erklärt, von der Antwort des Polizeidirektors "durchaus nicht befriedigt" zu sein.

Freiburg. Herr Schaller hatte im Großen Rathe eine Interpellation des Herrn Biemann betreffend der Mädchen zu beantworten, welche mit priesterlicher Protection in eine Seidenfabrik zu Troyes geschickt wurden, wo man sie grauam ausbeutete. Herr Schaller räunte ein, die gesetzlichen Vorschriften seien unbeachtet geblieben; die Lage der Mädchen sei eine schlimme, doch seien die Eltern in erster Linie verantwortlich. Von dieser Antwort nicht befriedigt, fragte Herr Biemann, ob die Regierung etwas zu thun gedenke, um die betroffenen Mädchen wieder heimzuführen. Herr Schaller antwortete, er müsse vorerst die Sache dem Staatsrath unterbreiten. Herr Berfel protestirte energisch gegen diesen Export junger Mädchen nach Frankreich und tabelte heftig die Geistlichen, welche zu solcher Vererbung die Hand reichen. Wenn jene jungen Mädchen heimkehrten, so find sie entweder physisch geschwächt oder stillschweigend verstorben. Herr Hug unterstützte Herrn Berfel, Herr Tychon nahm die Geistlichkeit in Schutz. Herr Biemann verlangte, daß die Veranstalter dieses Mädchenexports gesetzlich bestraft werden, ohne Rücksicht auf ihre Partei.

Großbritannien.

Die irische Landanleihe liegt jetzt zur dritten Lesung vor, nachdem sie bereits acht Tage in Anspruch genommen hat. Sie bestand ursprünglich aus einem Paragraphen, aber der irische Sekretär sah sich veranlaßt, dem Drängen der Parnellites und Liberalen nachzugeben und einige Amendements anzunehmen, welche zwar dem Prinzip der Vorlage keinen Eintrag thun, aber im einzelnen einige unbedeutende Zugeständnisse machen. Seit bekannt geworden, daß nicht nur der Herzog von Abercorn, der ältere Bruder des Marineministers, sondern auch noch der Vizekönig von Irland selbst, Lord Londonderry, ihre zur Zeit unveräußerlichen irischen Besitzungen gegen dreiprozentige Konsols austauschen beabsichtigen, sind die Ministerien etwas kleinlaut geworden und man hört gar wenig mehr von der Bebaugung, die Vorlage sei für die Pazifikation Irlands nöthig und eine Wohlthat für die Pächter. Die bisher veröffentlichten Tabellen haben außerdem den Beweis geliefert, daß weitaußer der größere Theil der bisher ausgelegten fünf Millionen in dem protestantischen Ulster ausgegeben worden ist, wo die Pächter größere Pachtgüter besitzen und sich eines verhältnismäßigen Wohlstands erfreuen. Sehr bezeichnend ist es auch, daß die Regierungsmehrheit, die bei der ersten Lesung der Bill achtzig überstieg, in den Abstimmung der letzten Tage auf 50 und 40 sank und sogar einmal 27 erreichte. Ein Grund dieses Rückganges muß in Lord Randolph Churchills Haltung gesucht werden. Dieser Tory-Demokrat hielt anlässlich der zweiten Lesung eine Rede, in welcher er zwar die Vorlage unterstützte, aber mit Gründen, die man ebenso gut gegen dieselbe geltend machen könnte. Es sei eine so kleine Summe und es sei ganz gewiß, daß keine Regierung daran denke, einen bedeutenderen Betrag später vorzuschlagen, in Anbetracht, daß absolut keine Sicherheit für den Vorstoß vorhanden sei. 1) Wenn Millionen Löhne man unter Umständen noch verschmerzen; ein Experiment sei ein kleines Opfer wohl werth, und dergleichen mehr. Diese Rede hat die Minister müder gemacht als alle rhetorischen Ergüsse der Parnellites. Das Aergersichste für die Minister war jedoch, daß sie noch diesen Erklärungen es nicht mehr wagen durften, den Debattenabschluss anzumenden. Die Folge davon ist, daß die wenigen Gesetzesvorlagen, welche die Regierung durchzusetzen hoffte, keine Aussicht mehr haben, dieses Jahr dem Gesetzbuch einverleibt zu werden. So sehr sind die Minister ins

auch im Streite — Höflich gegen ihn. Erinnere Dich, daß Du zu ihm aufstehst, als er Dein Bräutigam war — sieh' jetzt nicht auf ihn nieder. 8) In angenehmen Pausen lasse ihn auch einmal mehr wissen als Du; es wird sein Selbstgefühl erhalten, und Dir bringt es Vortheil, wenn Du einmal zugiebst, nicht ganz unschlagbar zu sein. 9) Sei Deinem Gatten eine Freundin, wenn er ein kluger Mann ist; ist er es nicht, so suche ihn zu Deinem Freund zu erheben. Erbebe ihn, aber steige nie zu ihm nieder. 10) Achte die Verwandten Deines Mannes, besonders seine Mutter; sie liebte ihn weit früher als Du!

Die Reservation der Winnebago-Indianer in der Nähe von Red Wing, Minn., wurde vor wenigen Tagen der Schauplatz eines haarsträubenden Verbrechens, hervorgerufen durch eine jener wilden, abergläubischen Sitten, welche trotz Christenthum und Zivilisation noch unter den Indianern fortleben, immer und immer wieder den Damm der aufgeschrittenen Moral durchbrechen und die braunen Krieger, wo sich nur die Gelegenheit bietet, zum Rückfalle in schamlose Barbarei verleiten. Der Hauptankläger bleibt natürlich immer — das "Feuerwasser". Die Veranlassung zu den neuesten Unthaten gab der Beginn der Jagdaison, von den Indianern stets mit großen, tagelang andauernden Festlichkeiten gefeiert, bei welchen Tanz und Gesang, Tringelage und vor allem allerlei heidnische Gebräuche, welche das Jagdglück beeinflussen sollen, die Hauptrolle spielen. Man weiß längst aus Erfahrung, daß die rothen Söhne der Wildnis, einmal mit dem Feuerwasser gefüllt, bei Gelegenheit dieser Jagdfeierlichkeiten eine große Sehnsucht nach Menschenblut tragen, und trifft deshalb Vorkehrungsmaßregeln. Weiße Frauen und Mädchen werden von dem Orte der Feier weit entfernt gehalten, und die Männer, falls sich einige einfinden, sind bewacht. Es ist selten, daß ein Indianer sich an Mitgliedern seines eigenen Stammes vergeistert — dieser Fall aber trat diesmal ein. Am zweiten Abend der Festtage, nachdem schon eine bedeutende Quantität Feuerwasser vertilgt war und die wilden Einzelgänger der Krieger unter den schattigen Bineebäumen begonnen hatten, von den braunen Mädchen und "Squaws" mit Gesang begleitet, sprang plötzlich ein bis zum Wahnsinn aufgeregter junger Hühnling gleich einem Tiger aus dem Kreis der Tanzenden, ergriff ein junges Mädchen bei den Haaren und schleifte es mit sich fort bis in die Mitte des Kreises. Hier zog er blitzschnell sein Jagdmesser und stieß es zweimal der Unglücklichen in die Brust. Mit einem fürchterlichen Geheul tauchte er seine Hände in das heraussprudelnde Blut und schmierte

Gedrange gerathen, daß sie sich genöthigt sehen, abermals Kreditnoten auf Rechnung zu verlangen, und man spricht sogar von der Nothwendigkeit, die Session bis in den Januar zu verlängern! Thatsächlich sind die irischen und schottischen Staats, sowie mehrere englische Biotlets noch nicht zur Behandlung gekommen, und wie lange die Nationalisten die irischen Staats hinausgeschleppt werden, kann niemand sagen. Sie thun's stellen unter einer Woche und da die Regierung in einem Anfall von Grobmut und Schwäche die Verhaltung der angeklagten Parnellites aufgehoben hat, bis die Staats zu Ende berathen sind, muß man sich auf eine lange Besprechung gefaßt machen. Das Parlament ist, die Verhältnisse abgerechnet, nun schon seit nahezu neun Monaten, und diese Thatsache allein sollte den meisten Staatsmännern die Nothwendigkeit der Home Rule nicht nur für Irland, sondern auch für Schottland und England klar machen.

Die Ernennung des Herrn Monroe zum Postsekretär in London hat die Bedeutung, daß in Zukunft der Minister des Innern (Matthews) eine direktere Kontrolle über das Postwesen ausüben wird als zuvor. Monroe war Chef der Geheimpolizei und fuhr nach seinem Rücktritt im August fort, im Home Office dem Minister als Rathgeber zur Seite zu stehen. Monroe war früher in Indien Polizeichef. Er ist lakisch in Folge eines Unfalls, den er erlitt, als er persönlich einen Dieb, der über eine Mauer geklettert war, einfangen wollte. In seinem Amtsbeiseite spornete Monroe sein Pferd an, dem Diebe nachzusetzen. Ein Beinbruch war die Folge. Mit dem Militärregime ist es jetzt zu Ende. Doch soll das ganze System von oben bis unten reorganisiert werden. Das geschieht bellanlich alle paar Jahre, gewissermaßen zum Zeitvertreib in allen Verwaltungszweigen. Warum nicht auch im Polizeiwesen?

Frankreich.

Deputirtenkammer. Bei der Verathung des Budgets für den öffentlichen Unterricht wurde ein Antrag Millerauds auf Streichung des für die an den Lyceen fungierenden katholischen und protestantischen Geistlichen sowie für die Rabbiner geforderten Credits mit 283 gegen 234 St. abgelehnt.

Spanien.

In der Kammer der Deputirten drachte der Minister des Innern einen Gesetzentwurf betr. die Einführung des allgemeinen Stimmrechts ein.

Amerika.

Wie die Frauenarbeit in Amerika bezahlt wird, darüber berichtet Frau Barry, welche unter der Regide der R. of L. (Ritter der Arbeit) die Arbeiterinnen zu organisiren sucht, folgendes: "Ich möchte," so sagt dieselbe, "von einer oder zwei besonderen Klassen von Arbeitern sprechen, wofür ich hoffe, daß die Generalversammlung Mittel und Wege finden wird, den vorhandenen Ueberständen abzuhelfen, oder sie doch zu mildern. Ich spreche von dem Kontraktarbeit- und Schweißsystem, welches die Arbeiterinnen physisch und moralisch schädigt, und die reelle Industrie derselben Branche dadurch dem Ruin entgegenführt. — So werden Männerhofen, die im Detail 1-7 Doll. (4,20-28,40 M.) eintragen, vom Kontrakt zu 15 Cents (30 Pf.) pro Paar übernommen. Die Arbeiterinnen werden im engen, schlecht gelüfteten Raum zusammengedrückt, wo die auf der Maschine Arbeitenden ihre Maschine selbst repariren müssen, an den Hosen fast die ganze Arbeit allein verrichten und dann 5 Cents (20 Pf.) per Dosepaar erhalten. Und sechs Dosen bilden ein Tagewerk! Männer-Weiten werden mit 10 Cents (40 Pf.) per Stück berechnet. Die Hände erhalten 2½ Cents (10 Pf.). Zwanzig Weiten bilden ein Tagewerk. Und doch verlangt die Gesellschaft, daß alle in dieser Weise abgelehnten Mädchen ehrlich und tugendhaft bleiben. Namentlich in Pennsylvania werden die Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit schmähslich übertreten und es wird die Anstrengung aller Mitglieder des Ordens erfordern, um den Gesetzesvorschlag zu unterstützen, den ich vorbereitet habe und der künftigen Staatslegislatur unterbreiten werde bezüglich der Kleinen, von denen in diesem reichen Staate 200 000 ohne Schulbildung bleiben und 125 000 in den Fabriken dahinkleben." Auch von Chicago wußte Frau Barry über frühe Erfahrungen zu berichten: Da sah ich ein Damentheater, in welchem viele Frauen den ganzen Tag über bei Lampenlicht arbeiten, wo niemals ein Sonnenstrahl seinen Weg hinfindet. Es war mir schwer, aus den Frauen und Mädchen Angaben über ihre Lage herauszubringen, da der Unternehmer jede Einzelne mit dem Versprechen engagierte, über ihre Lohnhöhe nichts zu sagen, angeblich, weil er immer der betreffenden Einzelnen mehr geben wolle, als ihren Kameradinnen, während sich nachher herausstellte, daß alle den nämlichen Zimmerlohn erhalten: 2,50 Doll. (10,50 M.) bis 5 Doll. (21 M.) per Woche. — Es giebt ca. 80 000 Frauen und Mädchen in Chicago, welche solcher Gestalt schändlich ausgebeutet werden."

sich dasselbe über Gesicht und Schädel. Einen Moment standen die anderen Tänzer still und blickten athemlos, mit glühenden Augen auf die Scene, und dann — führten sie sich nicht etwa auf den Mörder, sondern warfen sich heulend zwischen die anderen Frauen und Mädchen, einige derselben in den Kreis schließend, wo das gräßliche Schicksal fortgesetzt wurde. Der Rest der Weiber, von den wenigen anwesenden Weichen mit ihren Waffen gedeckt, entflohen in die Reservation, welche seitdem von dem marktschüttenenden Geheul der Todtenlagen erkant. Bis diese grausige Mär die nächste Stadt, Red Wing, erreichte, waren die Mörder längst ermüdet und — wohlbelannt mit der ihnen drohenden Strafe — in die Wälder geflohen. Eine Zahl von Männern unter der Führung von John Walker, einem hochtollstüftigen Indianer, und Squire Barclay, beide aus Red Wing, ist auf der Suche nach den Thätern, um dieselben der Gerechtigkeit zu überliefern.

Sittspinnne. Im südlichen Rußland kommt eine ungemäin giftige Spinne vor, Cata Curt oder der "schwarze Wolf" genannt, welche an größeren und kleineren Thieren, die sie beim Weiden in das Maul oder in die Zunge schießt, einen sich nach Millionen beziffernden Schaden anrichtet. Denn die durch den Biß vergifteten Thiere sterben in kurzer Zeit. Nach den Untersuchungen von Prof. Dieger in Berlin findet sich das Gift in allen Theilen der Spinne, selbst ihre unbedrübten Eier sind schon stark giftig. Hinsichtlich seiner chemischen Natur geböt dieses Gift, welches circa 25 Prozent vom Gewicht der Spinne ausmacht, zu den sogenannten Fermenten. Durch Erwärmen auf 60 Grad Celsius, sowie durch Alkohol wird es unwirksam; in den Magen eingebracht, erweist es sich als wirkungslos, wogegen es bei direkter Einführung in die Blutbahn eine derart intensive Wirkung hat, daß 1/10 Milligramm auf 1 Kilogramm Körpergewicht genügt, um den Tod des Menschen oder irgend eines warmblütigen Thieres herbeizuführen. Das Spinnengift übertrifft demnach an Heftigkeit der Wirkung sowohl die Blausäure, als auch die gefährlichsten organischen Alaloide und kann nur mit dem Schlangengifte auf eine Stufe gestellt werden. — Drei andere in Rußland sehr gefürchtete Spinnen, Phalangium und Trochosa (Tarantel), haben sich dagegen als ungiftig erwiesen. Untersuchungen, welche Prof. Dr. Dieger mit verschiedenen deutschen Spinnen angestellt hat, ergaben nur für die Kreuzspinne, und zwar in ihrer Jugend, das Vorhandensein eines Giftes.

Theater.

Mittwoch, den 5. Dezember.
Spernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Geschloffen.
Wallner-Theater. Madame Bonnard. Vorber: Der dritte Kopf.
Lesing-Theater. Nora.
Deutsches Theater. Die beiden Leonoren.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Die Fledermaus.
Viktoria-Theater. Die Reise in die Pyrenäen.
Königs-Theater. Abbé Constantin.
Schaubühne-Theater. Der Meinelbauer.
Volks-Theater. Die sieben Todsünden der Berliner.
Freihändl'sches Theater. Gebrüder Fofier, oder: Das Glück mit seinen Launen.
Sentral-Theater. Schmetterlinge.
Abel-Graß-Theater. Die drei Crayen.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen: Spezialitäten-Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Theater.

Mittwoch, den 5. Dezember:
 — Eva. —
 (Soo: Hedwig Memann.)
 — Anfang 7 Uhr. —
Donnerstag, den 6. Dezember:
Demetrius.
 — Anfang 7 Uhr. —
Freitag, den 7. Dezember:
12 Adonneten's Vorstellung.
 — Eva. —
 (Soo: Hedwig Memann.)
 — Anfang 7 Uhr. —

American-Theater.

Wallnertheaterstrasse Nr. 15.

Berliner

Schönheits-Konkurrenz.

Die Tableau werden von in Berlin geborenen Schönheiten dargestellt. Erstes Bild: Aschenbrödel nach H. Oldemann; 2tes Bild: Martha Kugel. Zweites Bild: Unter Rosen nach P. Thumann; 3tes Bild: Unter dem Himmels nach Raphael; 4tes Bild: Elise Elner und die übrigen vier Damen. (Die mit * * * * * bezeichneten Damen wünschen ungenannt zu bleiben.)
Neu!! Alpenwälder-Serzett. Austr. des Schattensilhouettisten Oskar Alberti, des urkomischen Fendly und Feumann "Alpenwälder".
 Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
 Billet-Borverkauf ohne Aufgeld im "Anwaltdenkmal" und Vormittags von 11—1 Uhr an der Theaterkasse. [80]

Cirkus G. Schumann.

Friedrich-Rail-Ufer. Ecke Karlstraße.
 (Im früheren Circus Kreutzberg.)
Der Cirkus ist gut geheist und gegen Zug geschützt.
Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 7½ Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Ein Karoussel mit 8 Hengsten, dargestellt von Hrn. Max Schumann. Auftreten der Billions-Truppe und der kleinen 2jährigen Sady. Auftreten des Jockey Reiters Hr. Jos. Hodgini, des Saltomortal-Reiters Hr. Franconi, der Reitskünstlerinnen Miss Adele und Terry. Die Schulpferde Brillant und Bossillon, geritten von Fräulein Martha und Herrn Ernst Schumann. Zum Schluss der Vorstellung:
Die Jagd bei Solton, interessantes Jagdbild, geritten von Damen und Herren der Gesellschaft.
 Langenlage: Der Jägerfang etc. etc.
Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 7½ Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm.

Kunze's

Concert-Hallen.

Alexanderplatz (Grand Hotel).

Täglich:

Concert und Vorstellung.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
 Gustav Kunze.

Passage 1 Cr. 9 R 10 R.
Kaiser-Panorama
 Zum ersten Male: Dritte Reise durch Spanien. Barcelona.
 Nur noch einige Tage: Potsdam und Erauerung Kaiser Friedrichs.
 Entree 4 Cypel. 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abonn.

Fräulein Bährmann zum Geburtstage ein donnerndes Hoch! das die schöne K... wackelt. [1430] Ueckermann's Plättbude.

Restaurant F. Mitau,

Wienerstraße 31. 1433
 Donnerstag, den 6. Dezbr., von 10 Uhr Morgens, Frische Blut- u. Leberwurst.

Muffen!!

(durch Zufall spotbillig).
 Gute Pelzmäntel 150 R. Waschbür 4 R. Opoffum 5 R. Pelzgarnturen Stück 1,25 R.
Oranienstr. 158.

Gr. öffentl. Arbeiterinnen-Versammlung am Donnerstag, den 6. d. M., Abends 8½ Uhr, im Lokale von Nieft, Weberstrasse 17.

Tages-Ordnung:
Der Stand der Arbeiterinnen-Bewegung.
 Referentin: Frau G. Iyher aus Belten.
 Männer haben als Gäste Zutritt. Zur Dedura der Unkosten findet Zellerfassung statt.

Der erste Nichtgentleman auf dem Zeugenstande.

Bericht über den Münchener Geheimbundsprozess am 26. und 27. Oktober 1888 vor dem Landgericht München I.
Preis 25 Pfennig.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Neu! Der Volksfreund Neu!

(gehalten wie die "Neue Welt") und **Die französische Revolution,** liefert die **Buchhandlung von R. Kohlhardt, Brandenburgstraße 64.** frei ins Haus.

Robert Blum und seine Zeit

von **Wilhelm Liebknecht.**

Heft 3

ist erschienen.
Preis pro Heft 25 Pfennig.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Nähmaschinen-Lager sämtlicher Systeme, Wasch- und Wringmaschinen.

Emil Franke. Reparaturen gut und schnell. Saarbrückerstraße 6.

Z. Alexander

Gr. Frankfurterstr. 103a
 Ecke Krautstr.
Kleiderstoffe
 in den besten Qualitäten und schönsten Mustern
 110 Ctm. breit pr. Meter von 75 Pf. an unter Preis.
Z. Alexander
 Gr. Frankfurterstrasse 103a, Ecke Krautstr.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren,

reelle Waare, solide Preise. Ganze Ausstattungen in Mahagoni und Kirschbaum, Küchenmöbel in großer Auswahl empfohlen. [1136]
Franz Tutzauer,
 Köpnickstr. 24, nahe der Köpnick Brücke.

Rohtabak

Grösste Auswahl, billigste Preise, reelle Bedienung
A. Goldschmidt
 Spandauer Brücke 6
 am Gadenhagen Markt. [1130]

Weihnachts-Geschenke!

Korbwaaren u. Korbmöbel,
 empfiehlt **Gustav Böhner,**
 1416 14 Waldemarstraße 14.

53 Theilzahlung 53

[1407] gestattet. — Empfehle
 Elegante Herren-Anzüge,
 Paletots sowie Mäntel etc.
 billigst im Tuch-Geschäft

53 Brinzenstr. 53

Wo giebt die beste Weiße in Berlin?
 bei **W. Haugk,**
 Weinstraße 26.
 [1079]

Öffentliche Männer- und Frauen-Versammlung

Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 8½ Uhr.
 Berlebergerstraße 23 (Ariushof).
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gault: Abzumathem, seine Ursachen, Verhütung und naturgemäße Heilung. 2. Welche Verhältnisse bietet der Sanitätsverein den Mitgliedern? Hilfe, wie Danksagen.
 Der Einberufer: Karl Weiße, Tegelestr. 27.

!Auf Abzahlung!

Winter-Paletots, Herren-Anzüge
 fertig v. nach Maß Auguststr. 27 im Laden

Jede Uhr

wird für M. 1,50 unter Garantie des Gebens gereinigt und repariert. Wanduhren werden gratis abgeholt und aufgebahrt, auch auf schriftl. Bestellung. Patentkloster 10 Pf. Uhrschlüssel gratis.
M. Götter Brinzenstr. 15.

Billige Kester zu Knaben- u. großen Anzügen sowie Regen-, Double- u. Plüsch-Mäntel, Trikots, Morgenkleider, Sammet, Atlas, Spitzen u. f. w. **Karlo,** Kaufstr. 1, Ecke Waldemarstr.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige **Stuckaturen**
 haben Beschäftigung Zimmerstr. 95—96. [1420]

Verfilberer, auch Mädchen auf Gold- langt bei **Rostig,** Gruner Weg 2. [1425]

Der Arbeitsnachweis

der **Klavierarbeiter**
 befindet sich nach wie vor Waldemarstr. 61 im Restaurant **Vöhrer.** Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 8—9½ Uhr und Sonntags Vormittags von 10—11½ Uhr, sowohl an Mitglieder wie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt.
Die Arbeitsvermittlungskommission

Im Januar 1889 verlege ich mein Geschäft nach No. 14 Chaussee-Strasse No. 14

(eigenes Haus).
 Mit der Verlegung meines seit 1873 bestehenden, sich des besten Rufes erfreuenden Geschäftes und der damit verbundenen Herstellung großartiger, den Anforderungen der Neuzeit entsprechender Geschäftsräume beabsichtige ich gleichzeitig eine

Neu-Organisation

meines Geschäftes in's Leben treten zu lassen, von welcher ich seiner Zeit öffentlich Kenntniss geben werde.
 Die zur Zeit vorhandenen großen Waarenvorräthe, bestehend in:

Kleiderstoffen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Tischdecken, Tricotagen, Leinen- und Baumwollwaaren aller Art, Wäschegegenständen etc.

Stelle ich inzwischen zum

gänzlichen Ausverkauf

und zwar sämtliche **Mode-Neuheiten** für die Herbst- und Winter-Saison, wie dieselben noch täglich bis zum Schluss der Saison eintreffen, zum **Selbstkostenpreise,** Lagerbestände theils für die Hälfte des Selbstkostenpreises, theils für jeden Preis!

Die Anfertigung von Kinderkleidern, Kindermänteln, Morgenröcken, Eriottaillen und Unterröcken erleidet während des **Ausverkaufs** keinerlei Unterbrechung und werden **Massbestellungen** oder **Reparaturen** ebenso prompt erledigt wie bisher.

S. Heine, Invalidenstr. 113,

zwischen Chaussee-Strasse und dem Stettiner Bahnhofe.

Garten Nordhäuser,

Alter 80 J., im Restaurant von **Emil Böhl,** Frankfurter Allee 74. [323]

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
 eigener Fabrik wegen Ersparung der Ladenmiete billig **Brinzenstraße 28.**
 Lager und Verkauf nur Hof part.
 Zahlung nach Uebereinkunft. [802]

Herren- und Knaben-Garderoben

eigener Werkstat.
 Große Auswahl von Stoffen u. Tuchen Anfertigung nach Maß in eigener Werkstat. gut fiegend und sauber gearbeitet, zu soliden Preisen. [1151]

Ad. Kunitz, N. Neue Gasse 50 part N. Müllerstr. 155, Laden

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 4. Dezember, 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, Militäretat, Marineetat.

Am Tische des Bundesrathes: v. Boetticher, Bronstedt von Schellendorff.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Die Bänke des Hauses sind schwach besetzt.

Neu in das Haus eingetreten sind die für Gumbinnen, Osterburg und Anklam-Demmin neugewählten Abgeordneten

Bobille und Freiber v. Malgahn-Banselow.

Beim Ordinarium des Militäretats und zwar beim Kapitel „Verpflegung“ fragt

Abg. **Baumbach** (Dr.) an, ob der von den Sozialdemokraten in diesem Hause zuerst angeregte Gedanke, ein Gesetz zu erlassen, welches Fürsorge für die Angehörigen der zur Uebung des Kriegsdienstes Verpflichteten trifft, in dieser Session verwirklicht werden solle.

Nachdem bereits im vorigen Jahre Erhebungen über den Gegenstand stattgefunden, liegt diese Frage sehr nahe.

Der Erfolg eines solchen Gesetzes sei nicht bloß im Interesse der Tagelöhner, sondern auch der Alfordarbeit und gewöhnlichen Bauarbeiter, die Arbeiten in Pausen und Zügen zu liefern übernommen haben und durch die Ableistung militärischer Leistungen erhebliche Einbuße erleiden.

Die relative günstige Lage des Reichsbudgets sollte man zur Erfüllung derartiger Wünsche benutzen, da man nicht wisse, welche Ueberraschungen der Bundesrath und andere Forderungen der verbündeten Regierungen kommen.

Kriegsminister v. **Schellendorff** erwidert, die Thätigkeit der Militärbehörden zu diesem Zwecke sei bereits abgeschlossen.

Es dürfte die Sache bereits bei einer anderen Reichsversammlung liegen.

Staatssekretär v. **Bötticher** bemerkt noch, die andere Beschlüsse sei er. Die Vorarbeiten seien so weit beendet, daß ein Entwurf der gewünschten Art jetzt in Angriff genommen werden könne. Auch werde er für möglichste Beschleunigung sorgen.

Abg. **Richter** (Dr.) bittet den Kriegsminister um eine Auskunft über die Vorgänge bei dem Kriegerverein in Horla. Dieser Verein habe sich mit Wahllegationen beschäftigt. Daß Kriegervereine die staatliche Genehmigung erhalten, sei doch nicht nur denkbar unter der Voraussetzung, daß sie sich nur zu Unterstüßungszwecken thätig zeigten. Trotzdem habe er auf eine ganze Reihe von Kriegervereinen hinweisen, welche bei den Wahlen agitatorisch vorgegangen seien.

In Horla habe der Vorstand eines solchen Vereins sogar versucht, Mitglieder, welche freisinnig gewählt hätten, zu ächten. Neuerdings hätten der Kriegsminister und der preussische Minister des Innern durch Erlaß den Kriegervereinen verboten, sich mit Politik und Religion zu befassen. Trotzdem habe der Kriegerverein in Horla, und zwar dessen Vorsitzender, ein Verbot, die freisinnigen Krieger für Defecturen an der kaiserlichen Fahne erklärt.

Neuerdings habe ein braunschweigischer Kriegerverein seinen Statut seinen Mitgliedern die „Bethätigung einer politischen Bestimmung“ verboten, welche „den Zwecken des Vereins“ entgegenstehe. Derselbe Verein habe ein Mitglied, das in diesem Sinne agitirt habe, verwirmt. Von hoher Stelle in Braunschweig, von dem Großherzog von Hessen, sei ein solcher Uebertreter eines Kriegervereins ausdrücklich zurückgewiesen worden! Redner geht dann näher auf den Horlar Fall über. Einer Mittheilung des „Neuen Södlings Anzeigers“ zufolge habe der Premierlieutenant Brinman eine Anzahl Kriegervereine zusammenberufen und denselben erklärt, er habe den Wunsch, alle diejenigen Kriegervereine, deren Mitglieder vornehmlich freisinnig gewählt hätten, unter ganz besondere Aufsicht zu stellen. Eine ihm selber zugegangene Nachricht betrage, der Reichsoffizier Albert in Horla habe ebenfalls in einer Versammlung des dortigen Kriegervereins erklärt, er habe Auftrag vom Kriegsminister, freisinnige Kriegervereine unter direkte Aufsicht des Reichsoffiziers zu stellen. Zur Zeit liege die Sache so: Die Kriegervereine Regierungspolitiker, dann ist es keine Frage, die sie treiben; treiben sie dagegen freisinnige Politik, so werden sie vertrieben! (Sehr richtig und Heiterkeit.)

Kriegsminister v. **Schellendorff** erwidert, er habe als Kriegsminister mit den Kriegervereinen nichts zu thun, als daß er denken stets Wachen wünsche. Mit dem eigentlichen Verhalten der Vereine habe er nichts zu thun. Nur, wenn es sich um Verleumdung handeln handle, habe er mit ihnen zu schaffen. Er habe kein gesetzliches Mittel, irgend etwas in dem vom Vorredner gemeinten Sinne zu thun. Selbst die Statutengenehmigung sei Sache des Landraths. Wenn der Lieutenant v. Albert gesagt hätte, seine (v. Albert's) Erklärungen geschähen im Auftrage des Kriegsministers oder gar im Allerhöchsten Auftrage, so könne er das nicht gut glauben. Alle jene Angaben seien nichts als anonyme Zeitungsmittelungen. Jede Behauptung verfolge er nur, wenn sie eine Unterschrift einer dafür verantwortlichen Person aufweise. Was Herr Richter hier erzählt habe, habe er gewiß in gutem Glauben erzählt, aber — Herr Richter sei ja hier im Reichstage unverantwortlich. (Heiterkeit.)

Abg. **Richter** (Dr.): Herr Richter siehe hier als Abgeordneter und die Abgeordneten seien verantwortlich ihren Wählern gegenüber. Der Herr Kriegsminister habe sich auf den formellen Beschränkung beschränkt, er vermisse die Beurlaubung; die grundsätzliche Frage habe der Minister gar nicht berührt, ob es erlaublich sein solle, daß ein Reichsoffizier sich in politischen Angelegenheiten den Kriegervereinen gegenüber auf seine amtliche Stellung berufe. Nach den Worten des Kriegsministers sollten diese unpolitische Vereine Wachen bekommen. Aber in Horla habe gerade ein neuer Verein eine Fahne erhalten, welche von dem dortigen Postmeister, einem Offizier, als Konstruktionsverein gegen den älteren unpolitischen Verein gegründet worden sei. Redner fragt schließlich den Kriegsminister, wie es mit der Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“ über eine Vorlage betreffs besserer Versorgung und Verwahrung der Artillerie zu erwarten sei, welche 40—50 Millionen

bört werde. Er schließt sich den Beschwerden der freisinnigen Vorredner über die politische Agitation der Kriegervereine und über das Verhalten des Kriegsministers gegenüber den bezüglichen Anfragen an.

Abg. **Richter** (frei.) protestirt in scharfer Weise dagegen, daß die von ihm mit Angabe aller begleitenden Umstände und mit Nennung von Namen vorgebrachten Mittheilungen vom Kriegsminister als anonyme Mittheilungen bezeichnet werden, welche in den Papierkorb gehörten. Das sei nicht die Art und Weise, wie ein Minister einem Mitgliede der Volksvertretung gegenüberzutreten habe. So habe sich noch kein Minister benommen.

Kriegsminister von **Schellendorff** wiederholt, daß er mit den Kriegervereinen nichts zu thun habe. Er bestreitet, daß er einer Anfrage ausgewichen sei. Der Abg. Richter habe noch nicht den Namen desjenigen genannt, von dem er die obigen Mittheilungen habe. (Abg. Richter ruft: Brauereimeister Hende.)

Kriegsminister von **Schellendorff**: Was geht mich Hende an? (Große Heiterkeit.) Es liege vorläufig gar keine Veranlassung vor, einzuschreiten.

Abg. **Baumbach** (Allenburg (Reichsp.)) verteidigt die Auffassung, daß die Kriegervereine eine der Politiken des Kaisers freundliche Haltung einnehmen müßten.

Abg. **Richter** polemisiert gegen den Vorredner. Keine Partei dürfe von den Kriegervereinen ausgeschlossen werden, auch die sozialdemokratische nicht. (Widerspruch rechts.) Habe doch der Abgeordnete Liebnicht erst neulich ausdrücklich erklärt, daß alle Parteien nöthigenfalls zur Vertheidigung des Vaterlandes zusammenzutreten würden.

Abg. Dr. **Windthorst** fordert alle Abgeordneten auf, jeden Fall von politischer Agitation in den Kriegervereinen, der zu ihrer Kenntniss komme, mit Angabe aller Einzelheiten dem Kriegsminister mitzutheilen, der dann wohl die nöthigen Schritte werde thun müssen.

Abg. v. **Heldorf** (Lons.): Durch den Abg. Richter direkt provoziert, erkläre ich, daß ich die Aeußerung des Kriegsministers gegenüber Ausführungen, die sich lediglich auf Stellungsnahmen stützen, so schlimm nicht aufpassen kann, wie der Abg. Richter. In Bezug auf die Verantwortlichkeit der Minister sind zum Theil Theorien konstruirt worden, die bei ruhiger Erwägung nicht getheilt werden können. Der Minister ist zu Erklärungen nicht verpflichtet gegenüber jeder Ausführung eines Abgeordneten, namentlich wenn dieselbe in so lebenswürdiger Form gemacht wird. (Heiterkeit rechts.) Die Frage ging dahin, ob eine Anordnung Sr. Majestät an ihm untergeordnete Offiziere besteht. Daraus würde ich als Kriegsminister unter keinen Umständen antworten. Sehr bedauern würde ich, wenn die Kriegervereine sich als politische Vereine konstituiren wollten. Aber die natürliche Wirkung der Thätigkeit und des bloßen Bestehens dieser Vereine könnte die sein, daß sie auch politisch nach einer bestimmten Richtung hin wirken. Ich will nicht sagen, daß sie sich einer politischen Parteilichung im Allgemeinen anschließen, wohl aber kann das Verhalten des Vereins in einzelnen Momenten einer Partei gegenüber ausschlaggebend sein. Es ist das eine Thatsache, mit der die Herren zu rechnen sich werden gewöhnen müssen. (Abg. Windthorst: Sie auch!)

Abg. **Richter**: Was die letzte Interpretation anlangt, so kennen wir den Herrn ja. Wie Herr v. Heldorf zu unseren verfassungsmäßigen Rechten steht, wissen wir ja hinreichend aus seinen Reden über das geheime allgemeine Wahlrecht. Was die lebenswürdige Form anlangt, so bemerke ich, um keine Verunkelung eintreten zu lassen, daß ich den Kriegsminister bei meiner ersten Erörterung absolut nicht genannt oder angegriffen habe. Ich habe nur einfache Thatsachen dargelegt und sozusagen behauptet, daß der Kriegsminister sachlich wahrheitsgemäß auf demselben Boden steht wie ich. Die Antwort des Kriegsministers war allerdings keineswegs lebenswürdig. Eine Kabinettsordre bedarf zu ihrer Gültigkeit der Kontersignatur des Ministers. Ich möchte wissen, ob Herr von Heldorf der Meinung ist, daß wir uns um Kabinettsordres nicht mehr kümmern. Ich würde mich auch darüber nicht wundern, bei dem Herrn ist alles möglich.

Kriegsminister v. **Schellendorff**: Sr. Majestät erläßt in Kriegsangelegenheiten vielfach Kabinettsordres ohne Kontersignatur. (Abg. Richter! In politischen Angelegenheiten?) Auf die Frage, ob eine bestimmte Kabinettsordre ergangen ist, verweigere ich grundsätzlich die Auskunft, weil Kabinettsordres nicht der Kritik des Reichstages unterliegen. Ich lasse mir nichts abfragen über Allerhöchste Ordres des Kaisers an seine Offiziere. Der Abg. Richter hat mich als einen sehr unhöflichen Menschen hingestellt, ich hätte gesagt, seine Rede verdiene in den Papierkorb geworfen zu werden. Ich habe nur gesagt, seine Angaben aus den Zeitungen hätten den Werth von anonymen Angaben, und anonyme Angaben gehörten in den Papierkorb. (Ruf: Das ist dieselbe!) Ich habe nicht von seiner Rede im Allgemeinen gesprochen. Der Abg. Richter wird mir vielleicht sagen, was er mit anonymen Angaben macht. (Heiterkeit.)

Abg. **Richter**: In Bezug auf Erwählung ist das eine eigene Sache. Herr v. Heldorf hat bekanntlich vor kurzem in einer Wählerversammlung geäußert, die Konservativen müßten regierungsfreundlich und gubernemental bleiben, wenn sie auch ab und zu einen Futtritt erhielten. (Heiterkeit links.) Der Kriegsminister hat die Frage wieder auf ein anderes Gebiet geführt, auf das, wie weit zur Gültigkeit einer Ordre die Segenzeichnung des Ministers erforderlich sei. Die Frage, ob in einer militärischen Angelegenheit die Ordre des Königs einer Vertretung des Kriegsministers bedarf, will ich nicht erörtern. Hier liegt eine Frage vor, die sich nicht auf das Internum der Militärbehörde bezieht, sondern hinausgreift über die militärischen Angelegenheiten in die bürgerlichen Verhältnisse; es handelt sich um eine Einmischung in die Verhältnisse von Personen des Beurlaubtenstandes als politische Bürger, nicht als Militärpersonen. Wo liegt ein Mißbrauch der Militärgewalt vor. Ich werde, solange ich keine Antwort erhalte, annehmen, daß die Militärgewalt generell gemißbraucht wird zur Schmälerung der bürgerlichen Rechte, insbesondere zur Schmälerung der Wahlrechte.

Abg. **Windthorst**: Herr v. Heldorf sage ich, daß Uebereifer unter Umständen recht schädlich werden könne. Das Kommando der Armee steht allein Sr. Majestät dem Kaiser und König zu, und in dieses Kommando hat der Reichstag nichts zu sagen. Etwas anderes ist es, ob irgend eine bestimmte Frage das Kommando der Armee betrifft oder darüber hinausgeht. Das zu beurtheilen wäre ich nur im Stande, wenn ich die Ordre vor mir hätte. Verübt sie staatsbürgerliche Rechte und Pflichten, dann bedürfen sie allerdings der Segenzeichnung des Ministers, dann wäre der Minister verantwortlich und müßte uns Auskunft geben. Wie die Armee, sollten sich und müßte uns Auskunft geben. Wie die Armee, sollten sich die Kriegervereine unter keinen Umständen mit Politik beschäftigen. Die Mitglieder von Kriegervereinen sollten ihre Meinung stets nur als Staatsbürger geltend machen.

Abg. v. **Heldorf**: Ich habe nur darauf hingewiesen,

daß in den Kriegervereinen naturgemäß eine Tendenz und Auffassung gepflegt wird, welche auch auf das Verhalten der Mitglieder als Staatsbürger einwirkt. Herr Richter bemerke ich, daß es eine Entstellung meiner Rede war (Präsident: Ich bitte den Abg. v. Heldorf, nicht von der Entstellung der Rede eines Abgeordneten zu reden), eine verkehrte Darstellung also war, wenn er sagte, ich hätte von Kabinettsordres gesprochen. Ich habe nur von einer Anordnung Sr. Majestät an ihm untergeordnete Offiziere gesprochen; das Wort „Kabinettsordre“ habe ich gar nicht gebraucht. Herr Richter hat dann eine Wahrheit von mir jähirt. Ich habe in lebhafter Darstellung in einer Versammlung Worte gebraucht, die mir ausgeleert worden sind als Aeußerungen des äußersten Seroklismus. Es ist unter meiner Würde, darüber noch ein Wort zu sagen. Die ganze Art und Weise, wie die Sache ausgedeutet worden ist, kennzeichnet sich als Versuch, über die Erörterung des Gedankens in Anklammerung an die Form hinwegzulommen. (Beifall rechts.)

Abg. **Sebel**: Der Gang dieser Debatte ist sehr zu meiner Befriedigung ausgefallen, und wenn der Herr Kriegsminister auf die Interpellation nicht eingegangen ist, so sage ich: „Keine Antwort ist auch eine Antwort.“ Gerade die sformatische Unterstützung von hoher und höchster Stelle ist ein Beweis von der Erkenntniss der Wirksamkeit dieser Organisationen. Dagegen hätten wir nun nichts, wenn nur die Kriegervereine als politische Vereine behandelt würden. Nach gesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Bayern und anderen Staaten, ausgenommen Württemberg, Baden und Hessen, werden Vereine, sobald sie sich um Politik kümmern, auch als politische behandelt, werden politisch demacht und dürfen nicht mit anderen Vereinen in Verbindung treten. Die Polizei, die mit Argusaugen die Gewerkschaften demacht, ob sie politische Fragen erörtern, die verhindert, daß die Fachvereine irgendwie in Verbindung treten, hat ruhig gesehen, wie bei den letzten Wahlen die Kriegervereine in Verbindung getreten sind und aufgefordert haben, für bestimmte Kandidaten zu stimmen. Es ist eine Mißachtung der Geseze durch die Verwaltungsbehörden, wenn diese bei der eskalanten politischen Thätigkeit der Kriegervereine nicht eingegriffen haben. Inwiefern die Kriegervereine von der Militärbehörde abhängen, lasse ich dahingestellt. Daß aber der Herr Kriegsminister sich zur Antwort veranlaßt gesehen hat, zeigt entweder, daß er keine Kompetenz überschritten hat oder daß er die Vereine als Werkzeuge des Militärstaats für politische Zwecke gebraucht. Wenn aber bei den nächsten Wahlen oder sonstigen politischen Akten sich herausstellt, daß ein Kriegerverein im Widerspruch mit seinen Statuten sich in politische Agitation eingemischt hat, werden wir uns, wie der Abgeordnete Windthorst es schon geäußert, direkt an den Kriegsminister wenden und alle Parteigenossen aufordern, bei den Lokal-Polizeibehörden Anzeige zu erstatten. Die Lokal-Polizeibehörden werden dann die Gerichte anrufen oder die Kriegervereine auslösen müssen. Die Aeußerung des Herrn sächsischen Bevollmächtigten über die unpolitische Haltung des sächsischen Kriegerbundes hätte ich, wenn ich von dem Gang der Debatte vorher gewußt hätte, durch die Verlesung des Ausrufs selbst widerlegen können. Auch aus den Ausführungen des Abg. Baumbach ist zu ersehen, daß die Kriegervereine sammt und sonders eine bestimmte politische Tendenz verfolgen. Wenn in denselben Sozialdemokraten nicht aufgenommen werden dürfen, dann dürften sie auch nicht in die Armee aufgenommen werden. Treue gegen den König und Vaterlandsliebe haben sie als Soldaten zu zeigen, und könnten das auch in den Kriegervereinen, sobald sie in das bürgerliche Leben zurückgekehrt sind. Jetzt werden ja nach der verschiedenen Richtung der Parteien bald Sozialdemokraten, bald Deutschfreisinnige, bald Anhänger der Centrumspartei von den Kriegervereinen ausgeschlossen. Es tritt eine vollständige politische Proskription ein. Schon im Jahre 1878 gaben Unternehmern in Fabriksdistrikten öffentlich die Erklärung ab, keine notorischen Sozialdemokraten in ihre Fabriks aufzunehmen. Heute würden diese Herren einsehen, daß sie bei Durchführung dieses Satzes oft die ganze Verfassung entlassen müßten. Nur bei Militärfragen dauert eine Achtung noch fort. In einem Birkular „Allgemeine Bedingungen für Uebernahme von Leistungen“ werden die Unternehmer angewiesen, keine Arbeiter zu beschäftigen, die einem unter das Sozialstengels fallenden Vereine angehören oder ähnliche Tendenzen verfolgen. Ich würde eine solche Bestimmung erklärlich finden, wenn die Militärverwaltung auch dafür sorgte, daß Sozialdemokraten nicht zu den Steuern beizutragen hätten oder vom Kriegsdienst befreit würden. So aber werden einfach die religiösen Achtungen des Mittelalters auf politische Verhältnisse der Gegenwart übertragen. In unserem Zeitalter der Humanität werden politische Verfolgungen dazu benutzt, die Anhänger einer Partei zum bürgerlichen Tode zu verurtheilen. Wenn die Privatunternehmer für das Militär diese Verpflichtung, keine sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen, streng halten würden, dann würde der Herr Minister nicht im Stande sein, die Armee schnell auszurüsten. Tausende von Arbeitern müßten dann entlassen werden. Wie verträglich ist eine solche Bestimmung mit der Pflicht des Arbeiters, dem Vaterlande als Soldat zu dienen? Zwei Drittel von den 763 000 bei der letzten Reichstagswahl sozialdemokratisch Stimmenden werden gezwungen, die Waffen zu tragen. Ganze Bataillone und Regimenter müßten aufgelöst werden, wenn die Soldaten aus ihren politischen Sinn geprüft würden. Ich bitte den Herrn Kriegsminister um Aufklärung, ob auch heute noch dergleichen Bestimmungen für die Unternehmern existiren. Ich komme jetzt auf den Fall Ehrenberg. Als ich am 30. Januar d. J. bei Verabreichung der Vorlage des Sozialstengels die Person v. Ehrenberg in die Debatte ziehen mußte, rief mir der damalige Herr Minister des Innern zu, ich würde Veranlassung haben, alle vorgebrachten Anschuldigungen vor Gericht als Zeuge zu bestätigen. Ich habe damals den Herrn v. Ehrenberg landesverräterischer Pläne beschuldigt. In einem Ausruf des v. Ehrenberg an Parteigenossen in Paris wird gegen die sozialdemokratische Reichstagsaktion und gegen die Redaktion des Birkular „Sozialdemokrat“ Front gemacht, weil auf dem bisherigen Wege die Ziele der Sozialdemokratie doch nicht zu erreichen seien. Es gälte jetzt Gewalt anzuwenden. Ein zweiter Ausruf: „An alle ruhigen Männer, welche ein besseres Loos der unteren Klassen des Volkes wollen“ spricht von den Hohenzollern und ihren Anhängern.

Vizepräsident Dr. **Suhl**: Ich kann dem Herrn Redner nicht gestatten, derartige Worte im Deutschen Reichstage auch nur zu weissen.

Abg. **Sebel** (fortfahrend): Der Grund, diesen Ausruf zu verlesen, lag für mich in dem Vorhalten unserer Behörden gegen Herrn v. Ehrenberg. Es ist ihm Gelegenheit gegeben, noch nach Einleitung des Gerichtsverfahrens zu entfliehen. Erst nach einer sechsmonatigen Untersuchung, am 25. September d. J., ist ein Steckbrief hinter Ehrenberg erlassen worden. Aber schon im ersten Stadium der Untersuchung waren die Thatsachen gegen ihn so evident, daß auf Grund der Bestimmungen der Strafprozessordnung der v. Ehrenberg sofort hätte abgeführt werden

müssen, was aber nicht geschehen ist. Aber andere Altentstücke beweisen ebenfalls, daß auch der schweizerische Bundesrat zur Ueberzeugung gekommen ist, daß v. Ehrenberg gegen das Deutsche Reich Gewaltpläne richtete, und in Frage gezogen hat, ob dem v. Ehrenberg nicht der Aufenthalt auf schweizerischem Boden zu verweigert sei. Seine Festungsbau in Basel hat Ehrenberg benutzt, die dortigen Verhältnisse genau kennen zu lernen, und hat dann Pläne von Weid mit genauen Instruktionen der französischen Regierung zum Verkauf angeboten. Ferner hat er zugleich die Offerte gemacht, im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich die Sozialdemokraten zu bewegen, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Es ist das der Landesrath in höchster Potenz. Gegen den Bankier Dreyfus in Zürich hat Ehrenberg ebenfalls sehr gravirende Ausstellungen gemacht. Ferner konstatirt ein Zeugnis des Dr. Gottfried Kinkel, daß Ehrenberg verschiedene revolutionäre Pläne gehabt und die schweizerischen Majestätsbeleidigungen gegen Kaiser Wilhelm ausgesprochen hat. Ein Zeugnis des Obersten Karl Blumhild sagt ebenfalls gegen Ehrenberg aus, daß Ehrenberg habe sich bei ihm vorgestellt und Artikel für eine schweizerische Militärzeitung geschrieben. Es sei ihm aber der Verkehr mit Ehrenberg wegen seiner fortwährenden beleidigenden Ausstellungen über die deutsche Regierung unmöglich gewesen. In der „Arbeiterstimme“ ging er darauf aus, die Arbeiter zu unterweisen, wie man bei einer Revolution mit dem Militär fertig werden könne. Mit seinen Artikeln hat er besonders in D. s. l. s. t. r. i. e. n. großes Aufsehen erregt. Weiter habe ich unter meinem Eide ausgesagt, daß Ehrenberg 1884, als ich zum ersten Male in die Schweiz kam, mir hochverrätherische Vorschläge gemacht und sich erboten habe, mir Unterricht in der Militärwissenschaft zu geben, um die Partei überall unter die Waffen zu bringen. Schon 1883 hatte er sich an Vollmar gewendet und ihm Anträge gemacht, im Falle einer Revolution zuerst die Offiziere zu besitzeln und ihm dann den Plan einer militärischen Insurrektion vorzulegen. Auch der frühere Abg. Bierck konnte bezeugen, daß Ehrenberg ihn in derselben Weise zu beeinflussen gesucht habe, ihm besonders auseinanderzusetzen wollte, wie man beim Ausbruch einer Revolution die Pulvermagazine u. dergl. in die Hände der Aufständischen bringen könne. Alle diese Thatsachen in Verbindung mit den unanfechtbaren eidlichen Aussagen müssen es als selbstverständlich erscheinen lassen, daß Ehrenberg sofort gefesselt und unter Schloß und Riegel gesetzt wurde. Man vergleiche jedoch nur das Verfahren des Militärgerichts mit dem gegen Gesslen. Der Herr Gesslen hat geäußert:

Vizepräsident Dr. Fuhr: Der Fall Gesslen hat nichts mit dem Kriegsministerium zu thun.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ehrenberg hatte die Unverschämtheit, Alles zu leugnen und das, was er gethan hatte, mit unterzuschieben. Ich soll sogar gesagt haben, wie man es machen könne, unsere Leute in die Offizierskasernen als Diener hineinzubringen. Ich bin nie Soldat gewesen und habe keine Ahnung, wie es in solchen Kreisen zugeht. Ein ähnlicher Gedanke hat mir ganz ferngelegen. Das Militärgericht so derte mich auf, den erwähnten Aufruf im Original herbeizuschaffen, und ich bin mit dem Erfolge meiner Bemühung sehr zufrieden. Auf meinen Wunsch, dem bereitwillig Folge geleistet wurde, bin ich am 20. August mit Herrn v. Ehrenberg in Karlsruhe konfrontirt worden. (Unruhe rechts.) Ich muß diese Dinge vorbringen, denn es handelt sich um ein allgemeines Interesse. (Rufe rechts: nein.) Ist Landesverrath sein allgemeines Interesse? Diesmal doch wohl deshalb nicht, weil es sich um einen der Geheime der Nation handelt. Beträfe es einen Sozialdemokraten, so hätte schon der zwingende Theil des Vorliegenden zu einer schweren Verurtheilung geübt. Ich will das eigenthümliche Verfahren des Militärgerichts bekant machen und vom Kriegsminister eine Antwort haben, wie er dasselbe rechtfertigen will. Die deutsche Gesandtschaft in Bern hat trotz genauerer Kenntniß des Ehrenbergs nichts gethan, um die Militärgerichte gegen ihn zum Einschreiten zu bewegen. Aus den schweizerischen Gerichtsakten ergibt sich, was Alles bei seiner Verhaftung im März 1887 an Material gefunden ist, unter Anderem Artikel mit Andeutungen, wie man bei einer Revolution das Militär in den Städten unwirksam machen, wie man Festungen bauen könne. Ferner hat v. Ehrenberg im Frühjahr 1888 anlässlich der Arbeiterunruhen in Belgien Artikel veröffentlicht, in welchen er den Insurgenten in Belgien Rathschläge gab. Aus allen seinen Auslassungen leuchtet ein ganz besonderer Haß gegen seine früheren Kollegen, die Offiziere, hervor, man müßte vor allem darnach trachten, die Soldaten zur Desertion zu verführen. Nach den vom schweizerischen Bundesrath dem Militärgericht im Original übermittelten Akten hat sich bestätigt, daß der Aufruf von Herrn v. Ehrenberg thatsächlich herrührt. Auch meine sämtlichen übrigen Behauptungen erwiesen sich als wahr; es kam sogar noch neues, schwer belastendes Material hinzu. Sollte bis dahin das Militärgericht noch irgend einen Zweifel gehabt — von diesem Tage an mußte er entscheiden sein. Herr Ehrenberg hat im Frühjahr dieses Jahres ein Pamphlet veröffentlicht, indem er alle gegen mich vor Gericht ausgesprochenen Behauptungen auch öffentlich wiederholte. Alle diese Behauptungen wurden aber schon durch die Vorlesung meines Briefwechsels mit ihm aus dem Jahre 1884 in ihr Nichts zurückgewiesen. Undeigentlich Weise ließ das Militärgericht auch jetzt noch nicht Ehrenberg verhaften, obwohl durch die Vorlesung des Aktenmaterials auch noch bekant wurde, daß Ehrenberg der Verfasser der 1887 erschienenen Broschüre war: „Bismarck's politisches Testament oder der geheime deutsch-russische Vertrag“, in welcher Broschüre er durchaus für Frankreich Partei ergreift und gegen das damalige Ausland und halb barbarische Preußen sich ereifert, wie er sich überhaupt als französischer Republikaner aufspielt und die Wiedereroberung von Elsass-Lothringen für unerlässlich erklärt. Ich siehe nicht an, das Verfahren des Militärgerichts als einen Schandfleck in der preussischen Militärjustiz zu bezeichnen. Nach all diesen Thatsachen ist es wund'vor, daß Ehrenberg erst vor 1 1/2 Monaten strafbüchlich verfolgt ist, nachdem Herr Ehrenberg bereits Monate lang seit dem Frühjahr d. J. unter dem Namen eines Herrn v. Ernst in Wiesbaden gelebt hat. Nach § 99 der preussischen Militärstrafprozessordnung hätte er unbedingt in Haft genommen werden müssen. Nach all diesem und nachdem noch in jüngster Zeit die „Kreuzzeitung“ Herrn v. Ehrenberg als einen Ehrenmann bezeichnet hat, gibt es für mich nur zwei Möglichkeiten der Erklärung. Entweder hat Herr v. Ehrenberg in den höchsten Kreisen der Gesellschaft Schutzpatrone, welche die Wirksamkeit des Militärgerichts zu lähmen im Stande waren, oder Ehrenberg hat in der That im Dienste der Polizei gestanden, ohne daß der Kriegsminister etwas davon zu wissen brauchte. Agents provocateurs sind in Preußen nichts Neues. Ich erinnere nur an Etieber, an den Kölner Kommunistenprozess von 1858, an den Prozeß Laband und an den Prozeß W. A. D. H. Hätte nicht die Zürcher Regierung Ehrenberg festnehmen lassen, weil man ihn in Verdacht hatte, daß er gegen die Schweiz Vordemarsch übte, wäre nicht bei dieser Gelegenheit all jenes Aktenmaterial zu Tage gefördert worden, so ist es nicht undenkbar, daß man nachher die ganze Sache gegen uns gewendet hätte. Ich bin sehr überzeugt, daß Ehrenberg ein Werkzeug in den Händen der politischen Geheimpolizei gewesen ist, dazu bestimmt, in einem Augenblick, wo uns der Gegenstand nicht mehr möglich war, das Material für neue Kr. l. l. n. wegen Hochverraths gegen uns zu liefern. Wenn z. B. im Falle eines europäischen Krieges über ganz Deutschland der große Verlagerungszustand vorherrschte und solche Verdachtsmomente gegen uns an den Tag gekommen wären, so würden unsere Führer einfach vor ein Kriegsgericht gestellt und zu den härtesten Strafen verurtheilt worden sein. Ein solcher infernalischer Vudensstreich ist der Geheimpolizei zugutruhen. Präsident: Ich kann nicht gestatten,

daß der Redner eine außerhalb des Hauses stehende Person derartig angreift. Ich glaube, der Herr Kriegsminister hat im Laufe des Semmers Gelegenheit genommen, sich die Akten des Militärgerichts in Karlsruhe kommen zu lassen. Es wird im höchsten Interesse der Militärverwaltung selbst liegen, wenn der Kriegsminister uns jetzt hier Aufschluß darüber geben wollte, wie es möglich war, daß das Militärgericht nicht zur Verhaftung v. Ehrenberg's schritt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Scharlendorf: Die Bestimmung, daß Sozialdemokraten von Vereinigungsgeschäften an Militärbehörden ausgeschlossen sind, besteht noch und wird bestehen, so lange ich die Ehre habe, an der Spitze der Militärverwaltung zu stehen. Wir haben ein Interesse daran, die Armee so wenig wie möglich mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, weil diese beiden Dinge sich scheiden, wie Feuer und Wasser. Was die Sozialdemokratie in der Armee betrifft, so muß ich sagen, es ist ja möglich, daß junge Leute vor 20 Jahren als Rekruten mit etwas verwirrten Begriffen in die Armee kommen, daß sie aber nach vier Wochen unter der Leitung ihrer Unteroffiziere und Offiziere der Einwirkung ihrer Verführer entrückt sind. (Heiterkeit.) Uebrigens beweise ich, daß zwei Drittel von den sozialdemokratischen Stimmenden im Kriegesalle zur Flinte greifen müßten. Die Hälfte davon wäre als geistes- und körperlich nicht einstellungsfähig und bezüglich der anderen Hälfte würde sich dieselbe Prozedur wie bei den Rekruten. Im Kriegesalle von Sozialdemokratie oder einer anderen Partei keine Rede. Bei den Ausführungen des Herrn Bebel über v. Ehrenberg war mir und wohl auch Ihnen das Interessanteste das besondere Interesse, das Herr Bebel daran hat, daß endlich dieser Majestätsbeleidiger seine verdiente Strafe erhalte. Ich möchte nur wünschen, daß er jede Majestätsbeleidigung, die zu seiner Kenntniß kommt, zur Verfolgung bringt. Ich habe mir nun für diesen Fall die Akten gar nicht kommen lassen und werde sie mir vielleicht auch gar nicht kommen lassen. Dieser Fall hat für mich ein viel geringeres Interesse als andere weitige Hochverrathsprozesse der neuesten Zeit. Diese Projekte, dieser angebliche Verrath von Festungsplänen — ich habe im Anfang Einblick in die Akten genommen — sind so überaus kindlicher Natur, daß ich wirklich sagen kann, würden mir ähnliche Pläne aus Frankreich angeboten, ich gäbe keinen Silbergroschen dafür. Wäre Herr v. Ehrenberg wirklich so eminent gefährlich, wie Herr Bebel es darstellt, dann hätten wir allerdings ein Interesse gehabt, schon vor einigen Jahren Kenntniß von diesen Dingen zu bekommen. Dann hätten wir den Mann beobachtet und ihn unschädlich machen können. Aber ich halte ihn für sehr wenig schädlich, wenngleich seine Absichten gewiß sehr frevolhaft und schätzig gewesen sind und wenigstens vor allen Dingen seine Majestätsbeleidigungen bei mir wie bei jedem ehrlichen und anständigen Menschen die tiefste Entrüstung erregen muß. Was das Militärgericht betrifft, so spricht Herr Bebel gewiß nur das, was er glaubt. Wenn Herr Bebel es urteilt, daß das Militärgericht in Karlsruhe v. Ehrenberg nicht rechtzeitig in Haft genommen, so glaube ich kein Wort darüber verlieren zu sollen, daß keine preussische Militärbehörde es erforderlich falls an sich sehen lassen wird, wenn es sich um Majestätsbeleidigungen und Landes- und Hochverrath handelt. Ferner kann ich hier mit der vollsten Bestimmtheit versichern, daß an jedem Militärgericht jeder Versuch einer geheimen politischen Polizei oder Partei, einen solchen Mann durch Völlerei seiner Strafe zu entziehen, ganz und gar abzuwürgen würde. Auch die Voraussetzung, daß man ein Interesse hätte, Herrn v. Ehrenberg wegen seiner gesellschaftlichen Beziehungen der Strafe zu entziehen, ist eine vollkommen unbegründete. Ich kann mir einen solchen Fall überhaupt gar nicht denken. Ich bin im Augenblick auch gar nicht in der Lage, über die einzelnen Punkte hier Nachricht zu geben, weil das zunächst auch gar nicht meine Aufgabe ist. Das Militärgericht steht überhaupt unter mir als Kriegsminister gar nicht, ebensowenig wie die Zivilgerichte unter dem Justizminister. Das Generalauditorat ist die Aufsichtsbehörde über die Militärgerichte, und ich bege keine Zweifel, daß dort eine sachgemäße Prüfung stattfinden wird. Man sollte also zunächst diese Prüfung abwarten, ehe man den Fall Ehrenberg für einen Schandfleck der preussischen Militärgerichtsbarkeit erklärt. (Beifall rechts.)

Abg. Hartmann: Herr Bebel hat ganz Recht gehabt, daß die Sozialdemokraten mit dem Verlauf dieser Verhandlung zufrieden sein können. Er brauchte überhaupt gar nicht zu sprechen, denn Herr Richter hat die Interessen der Sozialdemokratie so gewahrt, daß diese Partei einfach die Früchte der Thätigkeit einer anderen Partei einzuheimsen brauchte. Die Aufnahme von Sozialdemokraten in Militärvereine hat mit der allgemeinen Wehrpflicht gar nichts zu thun. Der erste Zweck der Kriegesvereine aber ist statutenmäßig, Treue gegen Kaiser und Reich zu pflegen. Mit Gott für Kaiser und Reich, für König und Vaterland! Kann ein echter Sozialdemokrat diesen Spruch unterschreiben, ohne zum Vagabunden zu werden? Können Sie ihn unterschreiben, Herr Bebel, ja oder nein? (Abg. Bebel: Darauf brauche ich nicht zu antworten!) Diese Antwort genügt. Eine Partei, die sich tagtäglich für eine internationale, antimonarchische erklärt, kann diesen Spruch ohne Heuchelei nicht zu dem übrigen machen. Herr Eugen Richter suchte die sozialdemokratische Partei herauszubauen mit dem Hinweis auf Ludwigs Ausspruch, daß die Sozialdemokraten dem Vaterlande ihre Dienste nicht verweigern würden, wenn es angegriffen würde. Hat es Herr Richter übersehen, daß diese Zusage nur eine bedingungsweise war? Ich glaube, die große Masse des Volkes macht diesen Vorbehalt nicht, wie Herr Liebknecht, zu erschanden, ob in diesem oder jenem Fall wir die Aggressor sind oder etwa die Franzosen. Das Volk sagt, ein Hundstößel, der das Vaterland verläßt. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Es könnte fast scheinen, als wenn uns viel daran liege, aufzuheben den Preis unsere Genossen in die Kriegesvereine zu bringen. Wir haben mit den Kriegesvereinen gar nichts zu thun. Wenn aber ein Sozialdemokrat den noch der Meinung ist, seine früheren Beziehungen zu den Kameraden in einem Kriegesverein weiterführen zu sollen, dann kann ihm auf Grund der Stellung, welche die Kriegesvereine in der Gesellschaft als unpolitische Vereine einnehmen, der Eintritt nicht verweigert werden. Glaubt man denn, so ist dies ein Beweis, daß diese Vereine politische sind und als solche dem Vereinsgesetz unterliegen. Herr Hartmann ist Staatsanwalt, und ich will abwarten, was er thun wird, wenn ein sachlicher Kriegesverein politischer Tendenzen bezichtigt wird. Freilich verdankt er diesen Vereinen im Wesentlichen seine Wahl. Wenn Herr Hartmann Liebknecht der Heuchelei beschuldigt hat, so weise ich dies entschieden als Beleidigung zurück. Will der Kriegsminister konsequent sein, so muß er dafür sorgen, daß überhaupt kein Sozialdemokrat Soldat wird. Wenn es wirklich mit sozialdemokratischen Gesinnungen unter dem Militär so harmlos stände, wie es der Kriegsminister dem Außen darstellt, dann könnte man nicht bezweifeln, warum so häufig zweimal mindestens im Jahr eine Untersuchung der Sachen nach sozialistischen Schriften stattfindet. Dann hat der Kriegsminister mit einem merkwürdigen Wohlwollen von Ehrenberg gesprochen (Lachen rechts.). Wenn von Seiten eines Militärgerichts ein Stiefknecht wegen Hoch- und Landesverrath gegen Ehrenberg im „Staats Anzeiger“ steht, dann bin ich doch erstaunt, daß der Kriegsminister so wohlwollend, so human von Ehrenberg spricht. Können die Hochverrathsbefehle wirklich so komischer Natur sein, wenn das Militärgericht einen Stiefknecht gegen den Beschuldigten für nöthig hält? Uebrigens ist mir das schriftliche Material aus dem Laufe dieses Jahres in die Hände gekommen, ich konnte also auch nicht früher vorziehen. Mir lag daran, die Sache öffentlich vor der Welt darzulegen, deshalb mußte ich

mich an den Kriegsminister und nicht an das Generalauditorat wenden.

Kriegsminister von Scharlendorf: Ich bin mir nicht bewußt, mit Wohlwollen von Ehrenberg gesprochen zu haben. Ich habe mit Entrüstung von den Majestätsbeleidigungen gesprochen und nur gesagt, daß das, was im Anfang der Untersuchung zu meiner Kenntniß gekommen ist von Landesverrath, den Eindruck des Abwärtigen und Ungefährlichen auf mich gemacht hat. Wenn das Militärgericht Ehrenberg wegen Hochverrath verfolgt, so wird es gewiß seine guten Gründe dafür haben. Ich kenne diese Gründe noch nicht. Was die Untersuchung nach sozialdemokratischen Schriften betrifft, die immer wieder vorgenommen werden soll, so hat es damit dieselbe Bewandniß wie mit jeder anderen militärischen Untersuchung. Wir halten auf Reinlichkeit und Prozedur, und wenn wir auch eines guten Resultates gewiß sind, so setzen wir doch immer wieder nach. Weich denn Herr Bebel, was das Resultat dieser Untersuchungen nach sozialistischen Schriften ist? (Bebel: Ja!) Nun ja, die Herren haben ja eine bessere Geheimpolizei als die politischen Behörden.

Abg. Hartmann: Ich habe Herrn Liebknecht keineswegs Heuchelei vorgeworfen; ich hätte mich damit auch dem Ordnungsrath des Präsidiums ausgeliefert. Was meine Stellung zu den Kriegesvereinen als Staatsanwalt betrifft, so werde ich nach den Gesetzen verfahren und nicht nach dem, was Herr Bebel als die Meinung des Hauses bezeichnet, so hoch ich auch bin, diesem Hause angehören. (Beifall rechts.)

Auf eine Anfrage des Abg. Struckmann erklärt Kriegsminister v. Scharlendorf, daß im Kriegsministerium ein Gesetzentwurf, betreffend eine anderweitige Regelung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Militäranwärter im Armeeverwaltungsdienst ausgearbeitet und vor acht Tagen einer anderen Reichsbehörde übergeben worden sei.

Der Ministergehalt wird bewilligt.
Gegen 5 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung des Etats auf Mittwoch 1 Uhr.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadterordneten-Versammlung am Donnerstag, den 1. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahl von unbesoldeten Gemeindevorständen. — Berichterstatter: Herr v. Scharlendorf. — Vorlage, betr. die Erwerbung der von den Grundbesitzern Alt Noobit 23 und 24—25 zur Straßenerweiterung erforderlichen Flächen. — Vorlage, betr. die Widerrufung der Genehmigung eines Dampfstraßendampfbetriebes in der Kurfürstenstraße vor der Zwölfs-Apostel-Kirche ab bis zur Potsdamerstraße. — Genehmigung einer Anstape von Musiklebern der Verlammlung, betr. die Durchlegung der Charlottenstraße. — Desgl., betr. den Verkauf von ehmaligem Vegetarain in der Urbanstraße. — Desgl., betr. die Errichtung zweier Badeanstalten am linken Ufer der Untersee. — Desgl., betr. den Verkauf von städtischen Parzellen an der Oberbergerstraße und an der Straße 63. — Abtheilung XI des Bauplanes. — Desgl., betr. den Verkauf des städtischen Bauerrains an der Ballfaden-, verlängerter Kopen- und Friedensstraße. — Rehn Rechnungen. — Berichterstatter: Herr v. Scharlendorf. — Vorlage, betr. die Wahl der Mitglieder der Kommission 11a zur Aushebung der für den Fall einer Mobilmachung von der Stadt Berlin zu stellenden Wehrmannen. — Zwei Unterstufungsstellen. — Vorlage, betr. die Abänderung der Mitglieder der Einkünftekommission für die Einkünfte der Einkommensteuer pro 1. April 1889—90. — Desgl., betr. die Wiederwahl des Direktors einer städtischen Anstalt. — Vorlage, betr. die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths.

Lokales.

Bettlerthum und Prostitution in Berlin sind in dem vor kurzer Zeit erschienenen „statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin“ mit Zahlen gezeichnet, wie sie eindringlicher und erschütternder kein sozialer Roman veranschaulichen könnte. Wir wollen zunächst die betreffenden Mittheilungen wiedergeben und dann einige Erläuterungen folgen lassen. „Am ganzen Jahre im Jahre 1885 im Polizeibezirk Berlin 21 785 Bettler und Bettlerinnen, und zwar 19 506 Männer, 2000 Frauen, 279 Kinder unter 12 Jahren. Davon wurden 11 880 zum Polizeihause sam eingeliefert, 6766 der zuständigen Behörde angelegt, 3133 einfach entlassen. Von diesen Bettlern wurden 1000 in Korrekthaus verurtheilt. Das königliche Amtsgericht I urtheilte im Jahre 1884 über 1685 Personen zur Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde, darunter nach dem Beschluß von 18 ganz arbeitsunfähigen Personen und 14 Frauen, von welchen letzteren 11 über die Landesgrenzen in's Ausland, 3 mit Nachhaft belegt wurden, obige 978 Personen wegen Bettelns, 504 wegen Arbeitsheute, und 174 wegen Sittlichkeitsvergehen.“ Und über die Prostitution im Jahre 1884: „Es standen unter städtischer Kontrolle im Jahresanfang 3724, im Laufe des Jahres (1885) kamen hinzu 1243, gingen ab wegen Eintritt in ein Arbeits- und Dienstverhältnis 586, Verheirathung 57, Fortzuges von Berlin 436, Schwandhaft und Krankheit 19, Verbüßung längerer Freiheitsstrafe 294, Verhaftung 35, es blieben am Ende des Jahres 3598, davon das Vorjahr weniger 3,4 pCt. Es stift wurden 12 430 (1884: 11 157), davon wegen verbotswidrigen Aufenthalts 62, Verurtheilung zur Unterbringung 276, überlichen Umkehrer 10 088, Aufenthalts bei Ruppelern 1317, Verdachts der Spionage 20, Soweit die „offiziellen“ Angaben, die freilich den Dingen nicht auf den Grund gehen. Was die große Zahl der Bettler betrifft, so sagt sich diese aus Arbeitern, Kaufleuten, Kellnern u. s. w. zusammen. Während in den meisten deutschen Städten die Verhaftung jener Armen durch uniformirte Beamte geschieht, so hier in Berlin fast nur „Geheim“ mit dem „Farge“ bezeichnet. Höchst selten scheidet ein schon an seiner Kleidung kennbarer Schwamm zur Errichtung eines um eine Gabe Anbiederung. Nicht wenig kommt es freilich vor, daß namentlich an kalten Wintertagen ein Bettler es so einrichtet, daß ihn der durchziehende U. s. w. mitembe unbedingt leben und verhaften muß. Wenn der Körper ermattet und auch kein Obdach mehr existirt, betrachtet man selbst die Dast als eine rettende Nothwendigkeit. Es ist leider unbestreitbar, daß nur eine verhältnißmäßig kleine Minorität dieser, die wegen Bettelns und Arbeitsheute verurtheilt werden, wieder in die Höhe gelangen. Da man nach der Lösung aus der Haft nicht sofort Nahrung und ein Unterkommen findet, muß man selbstständig wieder an's Bett, „Thüren klopfen“. Inzwischen ist die Kleidung noch so abgetragen geworden und der „Geheim“ bemerkt den Armen in der sonst. So folgt eine Strafe der anderen und der Schlaf ist im Kummelburger „Arbeitshaus“. Erst gibt es 24 Stunden, dann folgt eine Steigerung bis zu drei Wochen und endlich gefällige Ueberweisung an die Landespolizei, d. h. an das „Arbeitshaus“. Wer dasselbe zum ersten Male subtrahirt, kommt mit drei Monaten davon, dann gleicht sich, nach drei Monate und zuletzt 1 1/2 Jahre. Wer dieses höchste Strafmaß erreicht hat, sängt bei abermaliger Verurtheilung mit dem niedrigsten und dann steigenden Strafmaß an. Wer dem „Arbeitshaus“ entlassen wird, ist lange nicht so gut daran als ein des Gefängnis Verlassender. Wer in dem 1. g. t. n. s. w. sorgenlos in der „Freiheit“ leben, so lange er nicht unter Polizeiaufsicht steht, ganz anders ist es mit dem „Korrekthaus“. Er lebt und entmündigt, nur wenige Wochen das alte Bettel-Tische, ist er gezwungen, im Laufe weniger Tage das alte Bettel-Tische von neuem zu beginnen. Und je mehr sich die Strafen häufen, desto schloffer wird der Unglückliche, desto stärker sucht er in erbärmlichsten Fasel Betäubung des Geistes. Und endlich wird

Arbeitsheute...
während diese...
Bettlerthum...
Prostitution...
statistisches...
Jahrbuch...
Stadt Berlin...
Zahlen gezeichnet...
erschütternder...
sozialer Roman...
veranschaulichen...
könnte. Wir...
zunächst die...
betreffenden...
Mittheilungen...
wiedergeben...
und dann...
einige Erläuterungen...
folgen lassen.
„Am ganzen...
Jahre im...
Polizeibezirk...
Berlin 21 785...
Bettler und...
Bettlerinnen...
und zwar...
19 506 Männer...
2000 Frauen...
279 Kinder...
unter 12 Jahren...
Davon wurden...
11 880 zum...
Polizeihause...
sam eingeliefert...
6766 der...
zuständigen...
Behörde...
angelegt...
3133 einfach...
entlassen...
Von diesen...
Bettlern...
wurden...
1000 in...
Korrekthaus...
verurtheilt...
Das königliche...
Amtsgericht...
I urtheilte...
im Jahre...
1884 über...
1685 Personen...
zur Haft...
und Ueberweisung...
an die...
Landespolizeibehörde...
darunter...
nach dem...
Beschluß...
von 18 ganz...
arbeitsunfähigen...
Personen...
und 14 Frauen...
von welchen...
letzteren...
11 über...
die Landesgrenzen...
in's Ausland...
3 mit...
Nachhaft...
belegt...
wurden...
obige...
978 Personen...
wegen...
Bettelns...
504 wegen...
Arbeitsheute...
und 174...
wegen...
Sittlichkeitsvergehen...“
Und über...
die Prostitution...
im Jahre...
1884: „Es...
standen...
unter...
städtischer...
Kontrolle...
im...
Jahresanfang...
3724...
im...
Laufe...
des...
Jahres...
(1885)...
kamen...
hinzu...
1243...
gingen...
ab...
wegen...
Eintritt...
in...
ein...
Arbeits-...
und...
Dienstverhältnis...
586...
Verheirathung...
57...
Fortzuges...
von...
Berlin...
436...
Schwandhaft...
und...
Krankheit...
19...
Verbüßung...
längerer...
Freiheitsstrafe...
294...
Verhaftung...
35...
es...
blieben...
am...
Ende...
des...
Jahres...
3598...
davon...
das...
Vorjahr...
weniger...
3,4 pCt...
Es...
stift...
wurden...
12 430...
(1884: 11 157)...
davon...
wegen...
verbotswidrigen...
Aufenthalts...
62...
Verurtheilung...
zur...
Unterbringung...
276...
überlichen...
Umkehrer...
10 088...
Aufenthalts...
bei...
Ruppelern...
1317...
Verdachts...
der...
Spionage...
20...
Soweit...
die...
„offiziellen“...
Angaben...
die...
freilich...
den...
Dingen...
nicht...
auf...
den...
Grund...
gehen...
Was...
die...
große...
Zahl...
der...
Bettler...
betrifft...
so...
sagt...
sich...
diese...
aus...
Arbeitern...
Kaufleuten...
Kellnern...
u. s. w...
zusammen...
Während...
in...
den...
meisten...
deutschen...
Städten...
die...
Verhaftung...
jener...
Armen...
durch...
uniformirte...
Beamte...
geschieht...
so...
hier...
in...
Berlin...
fast...
nur...
„Geheim“...
mit...
dem...
„Farge“...
bezeichnet...
Höchst...
selten...
scheidet...
ein...
schon...
an...
seiner...
Kleidung...
kennbarer...
Schwamm...
zur...
Errichtung...
eines...
um...
eine...
Gabe...
Anbiederung...
Nicht...
wenig...
kommt...
es...
freilich...
vor...
daß...
namentlich...
an...
kalten...
Wintertagen...
ein...
Bettler...
es...
so...
einrichtet...
daß...
ihn...
der...
durchziehende...
U. s. w...
mitembe...
unbedingt...
leben...
und...
verhaften...
muß...
Wenn...
der...
Körper...
ermattet...
und...
auch...
kein...
Obdach...
mehr...
existirt...
betrachtet...
man...
selbst...
die...
Dast...
als...
eine...
rettende...
Nothwendigkeit...
Es...
ist...
leider...
unbestreitbar...
daß...
nur...
eine...
verhältnißmäßig...
kleine...
Minorität...
dieser...
die...
wegen...
Bettelns...
und...
Arbeitsheute...
verurtheilt...
werden...
wieder...
in...
die...
Höhe...
gelangen...
Da...
man...
nach...
der...
Lösung...
aus...
der...
Haft...
nicht...
sofort...
Nahrung...
und...
ein...
Unterkommen...
findet...
muß...
man...
selbstständig...
wieder...
an's...
Bett...
„Thüren...
klopfen...“
Inzwischen...
ist...
die...
Kleidung...
noch...
so...
abgetragen...
geworden...
und...
der...
„Geheim“...
bemerkt...
den...
Armen...
in...
der...
sonst...
So...
folgt...
eine...
Strafe...
der...
anderen...
und...
der...
Schlaf...
ist...
im...
Kummelburger...
„Arbeitshaus...“
Erst...
gibt...
es...
24...
Stunden...
dann...
folgt...
eine...
Steigerung...
bis...
zu...
drei...
Wochen...
und...
endlich...
gefällige...
Ueberweisung...
an...
die...
Landespolizei...
d. h...
an...
das...
„Arbeitshaus...“
Wer...
dasselbe...
zum...
ersten...
Male...
subtrahirt...
kommt...
mit...
drei...
Monaten...
davon...
dann...
gleicht...
sich...
nach...
drei...
Monate...
und...
zuletzt...
1 1/2...
Jahre...
Wer...
dieses...
höchste...
Strafmaß...
erreicht...
hat...
sängt...
bei...
abermaliger...
Verurtheilung...
mit...
dem...
niedrigsten...
und...
dann...
steigenden...
Strafmaß...
an...
Wer...
dem...
1. g. t. n. s. w...
sorgenlos...
in...
der...
„Freiheit“...
leben...
so...
lange...
er...
nicht...
unter...
Polizeiaufsicht...
steht...
ganz...
anders...
ist...
es...
mit...
dem...
„Korrekthaus...“
Er...
lebt...
und...
entmündigt...
nur...
wenige...
Wochen...
das...
alte...
Bettel-Tische...
ist...
er...
gezwungen...
im...
Laufe...
weniger...
Tage...
das...
alte...
Bettel-Tische...
von...
neu...
zu...
beginnen...
Und...
je...
mehr...
sich...
die...
Strafen...
häufen...
desto...
schloffer...
wird...
der...
Unglückliche...
desto...
stärker...
sucht...
er...
in...
erbärmlichsten...
Fasel...
Betäubung...
des...
Geistes...
Und...
endlich...
wird

Direktion untersuchte die Angelegenheit zwar, fand aber keine Ursache, gegen den Angeklagten vorzugehen. Nun nahm die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hand und das Resultat der Untersuchungen war die Erhebung der Anklage gegen den Vorarbeiter. — Zum geistigen Termin waren 16 Zeugen resp. Sachverständige vorgeladen, deren Vernehmung einige Stunden in Anspruch nahm. Der Angeklagte stellte die Vergehen entschieden in Abrede; er habe nur solche Arbeiten anfertigen lassen, die für den Betrieb bestellt waren. Die Anzeige könne nur aus Rache erfolgt sein. — Zeuge Strömmer hat gesehen, daß sein Kollege Jähnichen das Gestell zu einem zweirädrigen Handwagen auf erfolgte Anweisung des Leiters anfertigte; die Räder dazu habe er (Zeuge) selbst gemacht. Dieser Wagen hatte die Form eines Kofflarsens und war so klein, daß er zum praktischen Dienst nicht verwendet werden konnte. Von Rädern und Betrüben habe er nichts gesehen, doch sei ihm gesagt worden, daß die Kollegen diese Dinge für den Angeklagten hergestellt hätten. — Zeuge Jähnichen bekennt, daß er die Seitenhölzer des Karrens auf Befehl des Angeklagten anfertigen mußte; der fertige Karren sei später in einen Eisenbahnwagen gepackt und nach Berlin gebracht worden. Auf die Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Rosenbaum erklärt der Zeuge, daß er allerdings einmal für sich einen Holzstiel gemacht habe, dabei aber von Leitel getroffen worden sei. Auf dessen Anzeige hin habe er dann 3 M. Strafe an die Direktion zahlen müssen. — Zeuge Werkmeister Rehe hatte zur Zeit die Arbeit auszugeben; ein derartiger Wagen sei aber nicht bestellt worden. Möglich sei es wohl, daß dasselbe im Eisenbahnwagen weggeschafft worden sei. Das Material werde zwar kontrolliert, doch gebe es manchmal Abfälle, die zur Herstellung der in Rede stehenden Gegenstände ausreichten. — Sachverständiger Werkstättenvorsteher Zimmermann schildert dem Gerichtshof die Art der Kontrolle über die Materialien. Das Holz werde auf Grund eines Buches verabfolgt, das der Vorarbeiter dem Materialverwalter vorzulegen; das übrige Holz erhalte der letztere zurück und das Buch werde vom Werkführer kontrolliert. Von dem etwaigen Abfall dürfe ohne Erlaubnis Niemand etwas nehmen. — Zeuge Ehlers hat damals, im November 1886, den kleinen V. Karren oder Wagen gesehen; er hat auch bemerkt, daß der Kollege Hodekmesser zwei Räder in der Form wie Räderlatten anfertigte. Diese Räder wurden von Mahagonieholz hergestellt. Hodekmesser habe ihm damals gesagt, daß er die Räder für den Angeklagten mache. Solche Räder kommen für den Betrieb nicht zur Verwendung. — Zeuge Hodekmesser giebt zu, die Räder angefertigt zu haben, dieselben waren jedoch seinem Wissen nach für Bureauzwecke bestimmt. — Zeuge Riemann hat Mahagonieholz an der Bandsäge geschnitten, nachdem ihm das Holz vom Kollegen Albert dazu eingehändigt war. — Zeuge Albert hat die Anweisung dazu von Leitel empfangen und es wurde ihm auch gesagt, wenn Reheffon läme, so solle er nur auf eine etwaige bezügliche Frage antworten, daß die Abschnitte zu den Dresdener Personenwagen gebraucht werden sollten. Das geschah auch als der Regierungsverwalter Wahl revidierte. Albert und Riemann können sich nicht entsinnen, daß jemals Mahagonieholz zu den Rädern der Wägle in den Personenwagen verwendet wurde; dazu sei stets rotbuchen Holz genommen worden. — Zeuge Werkführer Rehe erklärt jedoch, daß auch einmal Mahagonieholz genommen worden sei. — Zeuge Vorsteher ist damals freiwillig von der Bestätigung geschieden, weil der Angeklagte zu ungerade war. Die Mahagonieklaffen schloß der Kollege Hodekmesser sorgsam in sein Spindel, wenn er nicht daran arbeitete. Er sei fünf Jahre dort thätig gewesen, habe aber nie gesehen, daß solche Räder für den Betrieb gebraucht wurden. Jähnichen habe er an dem Wagen arbeiten sehen, der nach der Mitteilung der Kollegen heimlich hinausgeschafft worden sei. Zeuge muß die Mahagonieklaffen näher beschreiben und der Werkführer Rehe erklärt nun, daß solche Räder für den Betrieb nicht bestellt wurden. — Zeuge Jähnichen bemerkt noch, daß als der Inspektor Schmon gekommen sei, um zu revidieren, Leitel gerufen habe: „Wer die Wahrheit sagt, der kann sehen, wo der Zimmermann das Loch gefahren hat.“ — Auf Wunsch des Verteidigers wird noch ein Zeuge vernommen, der bekunden sollte, daß Vorsteher dem Angeklagten feindlich gesinnt sei. Der Zeuge bekundet die seiner Vernehmung, daß Vorsteher auf Leitel geschimpft und g' sagt habe, dem werde er das besorgen. — Der Staatsanwalt sprach sich in seinem Antrage dahin aus, daß es auf ihn den Eindruck gemacht habe, als ob die Zeugen mit der vollen Wahrheit zurückgehalten hätten. Soweit sei jedoch genügend bekundet, daß der Angeklagte sich der Unterschlagung durch die Anfertigung des Wagens schuldig gemacht habe. Es sei auch glaubhaft nachgewiesen, daß dieser Wagen heimlich in einen Waggon geschafft und so fortgebracht wurde. Und da ein derartiger Wagen nach den Erklärungen der Vorzeugen gar nicht für den Betrieb bestellt worden sei, so sei der Beweis unzweifelhaft als erbracht zu betrachten. Er müsse deshalb eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen beantragen. — Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Selbst wenn angenommen werden sollte, daß der Wagen auf Befehl des Angeklagten angefertigt worden sei, so habe dieser doch nicht das Bewußt in der Rechtsirrtümlichkeit gehabt, da das Material jedenfalls nur aus den Abfällen bestand. — Der Gerichtshof hielt die Sache nicht für genügend aufgeklärt und sprach deshalb den Angeklagten frei. Die Angelegenheit dürfte so weit zurück, die Anfertigung des Wagens sei vor aller Augen geschehen und den Zeugen Jähnichen und Rehe sei nicht überall Glauben geschenkt worden.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Das Muster einer Fabrikordnung ist die der „Patentisten“ und „Pol-wa-en-fabrik“ (Alten-Gesellschaft, Direktoren: Deubischer und Heinemann), die uns zur Verfügung gestellt wird. Wir haben aus ihrem Inhalt ohne weiteren Kommentar folgende Paragrafen hervor: § 7. Jeder Arbeiter hat sich so zeitig einzufinden, daß er zur festgesetzten Zeit mit der Arbeit beginnt. Wer zu spät kommt oder vor Schluss der Zeit abht, zahlt nach Verhältnis der Zeiterläumnis 0,10 bis 1,00 M. Strafe. § 10. Auf Verlangen ist jeder Arbeiter gehalten, gegen entsprechenden Lohn oder Akkordpreisen nach Freitabend oder Sonntag zu arbeiten. § 11. Weich von fremden, nicht in die Fabrik gehöri gen Personen, also auch von Fremden und Anwesenden, beso ders aber von Frauen und Kindern der Arbeiter in der Fabrik ist ohne Erlaubnis nicht gestattet. § 19. Der Aufenthalt in den einzelnen Werkstätten ist nur in denselben beschäftigten Arbeitern gestattet. § 27. Am ersten Bahltage werden dem Arbeiter je 3 M. als Kaution zurückgehalten, welche bei geordnetem Austritt zurückgehät werden.“

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Vager hielt am 2. d. Mts. seine regelmä ßige Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde vom Beratungsausschusse mitgeteilt, daß der in Aussicht genommene Passierhall im Lokal der Friedrichshain-Brauerei am 26. Januar 1889 stattfinden. Der 2. Punkt der Tagesordnung lautete: Wie sind die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse, und welche Aussichten bietet das kommende Jahr? Der Vorsitzende, Kollege Dähne, entrollte in längerer, beifällig ausgenommenen Rede ein ungefähres Bild unserer hütigen Arbeitsverhältnisse und wies nach, daß unter der heutigen Produktionsweise auch im Bauwesen die Teilung der Arbeiten in Spezialfächer immer mehr heraustrat, und wie daher nur noch Saisonarbeiter seien. Darum müsse es auch Aufgabe sein, unsere Arbeitskraft in der Saisonzeit so teuer wie möglich zu verkaufen, auch müsse es in Zukunft Aufgabe sein, die Grundrider, das Etzeden nach getrennschaft-

licher Organisation der Arbeit, nach Kräften zu fördern. Nachdem Redner noch darauf hingewiesen, daß das kommende Jahr eine rege Bauthätigkeit in Aussicht stelle und somit ein günstiges zu werden scheine, forderte er die Kollegen zu einmütigem Zusammenhalten auch bei ungünstigen Zeiten auf. Denn nur Einigkeit mache stark. In der hierauf folgenden Debatte sprachen sich alle Redner in demselben Sinne aus. Kollege Dietrich hebt noch besonders diejenigen Mängel hervor, welche es dem Arbeiter erschweren, seine berechtigten Wünsche durchzuführen. Da sei in erster Linie die Befürchtung des Koalitionsrechts, welche es sehr erschwert, die Interessenten aufzumuntern und zu gemeinsamem Handeln heranzuziehen. Dagegen seien die Kapitalisten nur zu gut organisiert, indem der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister über ganz Deutschland und darüber hinaus verzwigt sei. Dieselben sollen den Beschluß gefaßt haben, im kommenden Frühjahr eine all-gemeine Konferenz zu veranstalten über ganz Deutschland durchzuführen. Darum sei es doppelt unsere Aufgabe, uns zu organisieren, damit wir dem gemeinsam entgegenstellen können. In seinem Schlusswort fordert Referent noch die Kollegen zu reger Thätigkeit auf. Es sei eines jeden Pflicht, dafür zu agitieren, daß es in Zukunft keinen Puzer gebe, der nicht im Verein sei, dann wird es auch möglich sein, den Maschinen der Arbeitgeber energisch und erfolgreich entgegen zu treten. Nach Erledigung einiger Rechtschwaesachen machte der Vorsitzende noch bekannt, daß in der am 19. dieses Monats stattfindenden Abend-versammlung ein Vortrag über: Seiltoben und Stüdklohn? gehalten würde und wünschete regen Besuch derselben. Daraus trat der Schluss der gut besuchten Versammlung ein.

Die für sämtliche Schuhmacher Berlins am Abend des 3. d. M. nach den „Bürgerläden“ (Dresdenerstraße) einberufene öffentliche Schuhmacherverammlung war recht rege besucht. Die Versammlung war einberufen zum Zweck einer Besprechung der obligatorischen Beitragspflicht der außerhalb der Innung stehenden Schuhmacher Berlins zu den Kosten der Innung und fand unter Vorsitz des Herrn Kördel statt. Der Referent des Abends, Herr H. Baginsky, stellte zunächst die Berechtigung der von der hiesigen Schuhmachervereinigung in Szene gesetzten Maßregel, bestehend in der Heranziehung vorläufig der Meister, welche außerhalb der Innung stehen, zu den Kosten der Innung, denen die Gesellen bald folgen dürften, in Zweifel. Die Innungen im allgemeinen wie im besonderen wären von jeder arbeitserfindlich gewesen, hätten sich dem Kapital gegenüber stets sehr zahm benommen, zum Dank für die ihnen gewährten Vorrechte in den Dienst der reaktionären Parteien gestellt und für sie bei den politischen Wahlen gestimmt. Durch die Beiträge zur Innung würden Meister wie Gesellen, die im Kampfe ums Dasein laum zu bestehen vermöchten, noch mehr geschädigt, während die Kapitalisten frei ausgehen. Der Arbeitsnachweis der Innung bede seine Kosten allein, sei überhaupt nicht zweckdienlich, da er nicht bedeutend sei und auch nicht unentgeltlich, wie beides bei dem Gesellen-nachweis, Weinstraße 11, der Fall sei. Die Herberge der Innung verdiene laum diesen Namen, dieselbe sei an einen Restaurateur verpachtet, sei viel zu teuer und zu klein, werde deshalb von den Gesellen wenig oder gar nicht in Anspruch genommen. In der Stellenherberge, Wilsstraße 11, erhalte jeder Zugerichte 75 Pf., wofür er nütigen und frühstücken könnte. Die Innung zahle auch Reisegrosche, jedoch nur an Gesellen, welche bei Innungsmestern gelernt haben. Und doch sollen sämtliche Meister und Gesellen zu diesen Kosten beitragen! Die übrigen Wohlfahrts-einrichtungen, Fachschule, Schiedsgericht u. seien ebenso zwecklos und bedeutungslos, wie die vorgenannten. Mit dem Schwedengericht habe sich die Innung geradezu den Berliner Schuhmachern aufgedrängt, Niemand habe danach verlangt. Bei dieser Gelegenheit beleuchtete Redner auch den Gesellen-ausschuß und seine Bedeutung und wies auf die Nothwendigkeit hin, eine solche Wahl energisch zurückzuweisen. Nachdem der Referent derartig nachgewiesen, daß die Wohlfahrts-einrichtungen der Innungen zu deren Kosten die Richtungsmitglieber beitragen sollen, durchaus nicht, zweckdienlich sind, wie das Gesagte es verlange, äußerte derselbe seine Meinung dahin, daß Meister und Gesellen eine Beschwerde-schrift an die obere Verwaltungsbehörde bezugs Aufhebung der von dem Polizeipräsidium erteilten Genehmigung zur Verwertung der im § 100 f der Gewerbeordnung den Innungen gewährtesten Rechte richten sollten, da auf dem Rlagewege nicht dagegen anzulämpfen sei. Die von der Innung er-gangenen Zahlungsaufforderungen entbehren nach der Meinung des Referenten jedweder Berechtigung, da zuvor Rücksprache mit den interessierten Arbeitgebern (die Gesellen werden natür-lich nicht gefragt) stattfinden müßte, was nicht geschehen sei. Auch sei der angelegte Vorstoß viel zu hoch und nicht der ge-sehlichen Bestimmung entsprechend, nach welcher die Richtungsmitglieber nur in demselben Maßstabe, wie die Innungsmitglieber zu den entsprechenden Kosten herangezogen werden dürfen. Diese letzteren bezahlten nun 1,20 M., wozon 80 Pf. entfallen für Unterstüßungszwecke, zu denen die Richtungsmitglieber nicht beizutragen haben. Demnach könnten dieselben höchstens mit 40 Pf. herangezogen werden. Redner empfahl zum Schlusse nochmals eine Beschwerdeschrift und den Beitritt zum Verein zur Wahrung der Interessen der Schuh-macher, auch den Kleinmeistern, welche nun wohl bald einsehen lernen würden, daß sie mit den Arbeitern zu gehen hätten. (Großer Beifall.) Durch die Anwesenheit verschiedener Innungs-treunde wurden die Verhandlungen vielfach gestört und gestallten sich dieselben recht lebhaft. Die ganze Innungsherrschaft wurde ihres ganzen, solchen Hüttertums total entleeret und wurde den Anwesenden in seiner ganzen Döhlheit und Nacktheit gezeigt. Nachdem einige Redner zur Tagesordnung gesprochen hatten, entsponn sich eine längere Geschäftsordnungsbearbeitung darüber, ob es zweckmäßiger sei, eine Petition auszuarbeiten und hierzu Unterschriften zu sammeln, oder aber massenhaft Beschwerden an die Gewerbe-Deputation des Magistrats gelangen zu lassen. Die Versammlung entschied sich für das erstere und stimmte ohne Widerspruch folgender Resolution zu: „Die heute, den 3. Dezember, in den Bürger-Sälen, Dresdenerstraße 96, tagende von Arbeitgebern und Arbeitnehmer besuchte öffent-liche Schuhmacherverammlung hat die Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums, betr. die Beitragspflicht aller der Innung nicht angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer für un- begründet, weil laut § 100 f der neuen Innungsnovelle nur für solche Einrichtungen der Innung von außerhalb derselben stehenden Beitragsgenossen Beiträge erhoben werden dürfen, welche ihre Zwecke erfüllen, d. h. für die große Masse der Berufs-genossen nützlich und notwendig sind. Die Versamm- lung ist nun der Ueberzeugung, daß diese Voraussetzung des § 100 f der neuen Innungsnovelle bei den Einrichtungen der Berliner Schuhmachervereinigung nicht zutrifft, und beauftragt den Verein zur Wahrung der Interessen der Schuhmacher und ver-wandten Berufs-genossen Berlins, sich der Sache anzunehmen und dem Polizeipräsidium eine Beschwerde unter Vorlegung der ihäntlichen Verhältnisse im Schuhmachergewerbe vorzulegen.“

Nach Annahme dieser Resolution wurde ein Antrag gestellt, jedem Redner nur zehn Minuten Redezeit zu gestatten, da sich eine lange Reihe von Rednern hatte einschreiben lassen. Dieser Antrag wurde indessen aus verschiedenen Gründen abgelehnt und in der Besprechung der Tagesordnung fortgeführt. — Herr Müller nahm hierbei Gelegenheit, sich der Ver-sammlung als Einberufer einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung vorzustellen, welche schon vor drei Monaten hätte stattfinden sollen und zwar mit derselben Tagesordnung. Diese Versammlung sei damals von der Polizeibehörde verboten worden, angeblich weil der in Aussicht genommene Referent anständig gewesen sei. Derselbe sei aber nach Ansicht des Redners durch-aus ein Ehrenmann. Die Behörde müsse aber mit zweierlei Maß und dies sei nicht richtig. Der Grundsatz: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit müsse zur Geltung kommen, dann würde es auch besser werden. — Nach dieser Rede wurde die folgende die politische Auffassung der Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes. — Dem Bedauern über den vorzeitigen Schluss der Versammlung lebhaften Ausdruck gebend, gingen die nahezu 800 Anwesenden in Ruhe auseinander. Die nächste Versammlung in dieser Angelegenheit findet Montag, den 10. d. M., Abends 8½ Uhr, im Louisen-städtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37 statt.

Der Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter Berlins hielt am Sonntag, den 2. d., in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48 a, seine regelmäßige Mitgliedsversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden ohne Diskussion erledigt und erst beim dritten Punkt (Beschiedenes) entsponn sich eine Debatte. Der Vorsitzende, Herr Baullat, beklundete, daß erst 6 Tarife auf verschiedenen Werkstellen eingelaufen seien; gerade die erste Aufgabe wäre es, so schnell wie möglich dem Vorstande die noch fehlenden zu übermitteln um einen Einheits-tarif zu schaffen. Auch kritisierte der Vorsitzende das Verhalten der älteren Kollegen gegen den Fachverein, die sich noch immer der Einflüster-schläffen, daß es gerade der Verein ist, welcher den älteren Kollegen den größten Vortheil bietet. Mit dem Alter verschwinden die Kräfte und somit auch der Verdienst, und durch den schlechten Verdienst, welcher zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel, entsteht dann Jammer und Elend und zu guterletzt noch Unfrieden in der Familie. Darum ist es Pflicht eines jeden Einzelnen, dem Verein beizutreten und durch festes und einmütiges Zusammenhalten die traurigen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen. Sodann wurde vom Vorstand beantragt, die Dezember-Versammlung ausfallen zu lassen und dafür am 20. Januar eine außerordentliche Mitglieberversammlung einzuberufen und sämtliche Kollegen (auch Nichtmitglieber) als Gäste einzuladen. Dieser Antrag wurde auch von der Versammlung angenommen. Ferner theilten verschiedene Kollegen mit, daß die Mehrzahl der Nichtmitglieber glaube, der Verein sei nur da, um einen Streik zu proklamieren und ihn deshalb melden. Diese trügerische Ansicht wurde im Allgemeinen zurückgewiesen. Wenn sich alle Kollegen dem Verein anschließen und fest zusammenhalten, wird kein Streik geber in der Lage sein, eine gerechte Forderung abzulehnen, sondern vielmehr gezwungen sein, dieselbe anzuerkennen.

Berliner Vegetarier-Verein. Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, im vegetarischen Speisehause, Schöne-burgstraße 53 I: Vortrag des Herrn cand. philos. Reus „Ueber die Leidensschaffen“.

Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufs-genossen (Hahnelstraße Berlin). Versammlung am Mittwoch den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Lammers, Kommandanten-straße 71-72. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Penfendorff. 2. Diskussion. 3. Besprechung über die von Magistrat eingelaufenen Fragebogen. 4. Beschiedenes. 5. Frage-sachen. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine am Mittwoch Männergesangverein „Jugendlust“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Bafhof, Gartenstr. 162. — Männergesangverein „Cäcilia“ Abends 8 Uhr im Restaurant „Königsstraße 127a. — Gesangverein „Männerchor Linde“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Königsstr. 70. — Männergesangverein „Sanges-treue“ Abends 9 Uhr im Restaurant „Nebelhof, Landsbergerstr. 31. — „Fregat“, Gesangverein der Freiwilligen Gemeinde, Abends 8½ Uhr im Restaurant Benede, Große Hamburgerstraße 16. — „Guppert'sche Sängervereinigung jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat, Abds. 9 Uhr, im Restaurant Heise, Lichtendbergstr. 21. — „Seeger'scher Gesangverein“ Abends 9 Uhr im Restaurant Schulz, Prenslauerstr. 41. — Gesangverein „Schwamm-chen“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Salm, Annenstraße 10. — Männergesangverein „Vorderstrang“ Abends 9 Uhr im Restau-rant Rasch, Drancienstr. 190. — Gesangverein „Nord-Deutsche“ Abends 9 Uhr in Pettin's Bierhaus, Veteranenstr. 19. — Männergesangverein „Sänesglöckchen“ Abends 9 Uhr im Restaurant Döberstein, Mariannenstr. 31-32. — Gesangverein „Sängerrunde“ Abends 8½ Uhr Budoweststraße 9. — „Verein Sanges-treue“ im Restaurant Dendel, Brüderstr. 26. I. Uebungs-stunde von 8½ bis 11 Uhr Abends. — Gesangverein „Vereinbund“ Abends 9 Uhr bei Pololdt, Reichendbergstr. 16. — Lübeck'scher Turnverein (1. Lehrlingsabtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57-58. — Turnverein „Wedding“, Bankestr. 1. Männer-Abtheilung von 8½ bis 10½ Uhr Abends; weibliche 8 bis 10 Uhr Abends. — „Nicht Licht“, Verein für Scherz und Spott, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heid, Fruchtstraße 36a. — Schlesischer Verein „Solte!“ Abends 9 Uhr im Restaurant Henle, Hollmannstraße 33. — Bergnützlichkeitsverein „Nicht Licht“ Abends 9 Uhr im Restaurant Säger, Grüner Weg 21. — Schlesischer Verein „Solte!“ Abends 8½ Uhr Brinzenstr. 106 bei Gehrt. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heise, Alte Schönhauserstr. 42, Unterricht und Uebungsstunde. — Koller'scher Stenographenverein „Süd-Berlin“, Abends 8½ Uhr im Restaurant Brinzenstraße 97 Sitzung und Uebungsstunde. — Arends'scher Stenographenverein „Amicitia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Behrends, Schönebergstraße 6. — Arends'scher Stenographenverein „Philia“ Abends 9 Uhr im Restaurant „Wilhelmsgarten“, Kochstraße 7. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindeschule Abends 9 Uhr im Restaurant Lehmann, Kurfürstenstraße 31. — Berliner Rauchklub „Wrangel“ Abends 9 Uhr im Restaurant Foge, Köpenickerstraße 191. — Rauch-klub „Dawanna 80“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Paragol, Reichendbergstraße 16. — Rauchklub „Gemüthlichkeit“ Abends 9 Uhr im Restaurant Ahsel, Köpenickerstraße 161. — Rauch-klub „Columbia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Berg-Brinzenstr. 96. — Rauchklub „Frisch gewagt“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Tempel, Breslauerstr. 27. — Rauchklub „Krumm-Biede“ Abends 8½ Uhr Ostbahn 4 bei Trumpf. — Berg-nützlichkeitsverein „Frischlichkeit“, gegründet 1880, Abends 9 Uhr Grüner Weg 29.

würde es auch besser werden. — Nach dieser Rede wurde die folgende die politische Auffassung der Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes. — Dem Bedauern über den vorzeitigen Schluss der Versammlung lebhaften Ausdruck gebend, gingen die nahezu 800 Anwesenden in Ruhe auseinander. Die nächste Versammlung in dieser Angelegenheit findet Montag, den 10. d. M., Abends 8½ Uhr, im Louisen-städtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37 statt.

Der Fachverein der Marmor- und Granitarbeiter Berlins hielt am Sonntag, den 2. d., in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48 a, seine regelmäßige Mitgliedsversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden ohne Diskussion erledigt und erst beim dritten Punkt (Beschiedenes) entsponn sich eine Debatte. Der Vorsitzende, Herr Baullat, beklundete, daß erst 6 Tarife auf verschiedenen Werkstellen eingelaufen seien; gerade die erste Aufgabe wäre es, so schnell wie möglich dem Vorstande die noch fehlenden zu übermitteln um einen Einheits-tarif zu schaffen. Auch kritisierte der Vorsitzende das Verhalten der älteren Kollegen gegen den Fachverein, die sich noch immer der Einflüster-schläffen, daß es gerade der Verein ist, welcher den älteren Kollegen den größten Vortheil bietet. Mit dem Alter verschwinden die Kräfte und somit auch der Verdienst, und durch den schlechten Verdienst, welcher zum Leben zu wenig und zum Verhungern zu viel, entsteht dann Jammer und Elend und zu guterletzt noch Unfrieden in der Familie. Darum ist es Pflicht eines jeden Einzelnen, dem Verein beizutreten und durch festes und einmütiges Zusammenhalten die traurigen Verhältnisse aus der Welt zu schaffen. Sodann wurde vom Vorstand beantragt, die Dezember-Versammlung ausfallen zu lassen und dafür am 20. Januar eine außerordentliche Mitglieberversammlung einzuberufen und sämtliche Kollegen (auch Nichtmitglieber) als Gäste einzuladen. Dieser Antrag wurde auch von der Versammlung angenommen. Ferner theilten verschiedene Kollegen mit, daß die Mehrzahl der Nichtmitglieber glaube, der Verein sei nur da, um einen Streik zu proklamieren und ihn deshalb melden. Diese trügerische Ansicht wurde im Allgemeinen zurückgewiesen. Wenn sich alle Kollegen dem Verein anschließen und fest zusammenhalten, wird kein Streik geber in der Lage sein, eine gerechte Forderung abzulehnen, sondern vielmehr gezwungen sein, dieselbe anzuerkennen.

Berliner Vegetarier-Verein. Mittwoch, den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, im vegetarischen Speisehause, Schöne-burgstraße 53 I: Vortrag des Herrn cand. philos. Reus „Ueber die Leidensschaffen“.

Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufs-genossen (Hahnelstraße Berlin). Versammlung am Mittwoch den 5. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Lammers, Kommandanten-straße 71-72. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Penfendorff. 2. Diskussion. 3. Besprechung über die von Magistrat eingelaufenen Fragebogen. 4. Beschiedenes. 5. Frage-sachen. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Gesang-, Turn- und gefellige Vereine am Mittwoch Männergesangverein „Jugendlust“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Bafhof, Gartenstr. 162. — Männergesangverein „Cäcilia“ Abends 8 Uhr im Restaurant „Königsstraße 127a. — Gesangverein „Männerchor Linde“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Königsstr. 70. — Männergesangverein „Sanges-treue“ Abends 9 Uhr im Restaurant „Nebelhof, Landsbergerstr. 31. — „Fregat“, Gesangverein der Freiwilligen Gemeinde, Abends 8½ Uhr im Restaurant Benede, Große Hamburgerstraße 16. — „Guppert'sche Sängervereinigung jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat, Abds. 9 Uhr, im Restaurant Heise, Lichtendbergstr. 21. — „Seeger'scher Gesangverein“ Abends 9 Uhr im Restaurant Schulz, Prenslauerstr. 41. — Gesangverein „Schwamm-chen“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Salm, Annenstraße 10. — Männergesangverein „Vorderstrang“ Abends 9 Uhr im Restau-rant Rasch, Drancienstr. 190. — Gesangverein „Nord-Deutsche“ Abends 9 Uhr in Pettin's Bierhaus, Veteranenstr. 19. — Männergesangverein „Sänesglöckchen“ Abends 9 Uhr im Restaurant Döberstein, Mariannenstr. 31-32. — Gesangverein „Sängerrunde“ Abends 8½ Uhr Budoweststraße 9. — „Verein Sanges-treue“ im Restaurant Dendel, Brüderstr. 26. I. Uebungs-stunde von 8½ bis 11 Uhr Abends. — Gesangverein „Vereinbund“ Abends 9 Uhr bei Pololdt, Reichendbergstr. 16. — Lübeck'scher Turnverein (1. Lehrlingsabtheilung) Abends 8 Uhr Elisabethstraße 57-58. — Turnverein „Wedding“, Bankestr. 1. Männer-Abtheilung von 8½ bis 10½ Uhr Abends; weibliche 8 bis 10 Uhr Abends. — „Nicht Licht“, Verein für Scherz und Spott, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heid, Fruchtstraße 36a. — Schlesischer Verein „Solte!“ Abends 9 Uhr im Restaurant Henle, Hollmannstraße 33. — Bergnützlichkeitsverein „Nicht Licht“ Abends 9 Uhr im Restaurant Säger, Grüner Weg 21. — Schlesischer Verein „Solte!“ Abends 8½ Uhr Brinzenstr. 106 bei Gehrt. — Wissenschaftlicher Verein für Koller'sche Stenographie, Abends 8½ Uhr im Restaurant Heise, Alte Schönhauserstr. 42, Unterricht und Uebungsstunde. — Koller'scher Stenographenverein „Süd-Berlin“, Abends 8½ Uhr im Restaurant Brinzenstraße 97 Sitzung und Uebungsstunde. — Arends'scher Stenographenverein „Amicitia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Behrends, Schönebergstraße 6. — Arends'scher Stenographenverein „Philia“ Abends 9 Uhr im Restaurant „Wilhelmsgarten“, Kochstraße 7. — Verein ehemaliger Schüler der 22. Gemeindeschule Abends 9 Uhr im Restaurant Lehmann, Kurfürstenstraße 31. — Berliner Rauchklub „Wrangel“ Abends 9 Uhr im Restaurant Foge, Köpenickerstraße 191. — Rauch-klub „Dawanna 80“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Paragol, Reichendbergstraße 16. — Rauchklub „Gemüthlichkeit“ Abends 9 Uhr im Restaurant Ahsel, Köpenickerstraße 161. — Rauch-klub „Columbia“ Abends 8½ Uhr im Restaurant „Berg-Brinzenstr. 96. — Rauchklub „Frisch gewagt“ Abends 8½ Uhr im Restaurant Tempel, Breslauerstr. 27. — Rauchklub „Krumm-Biede“ Abends 8½ Uhr Ostbahn 4 bei Trumpf. — Berg-nützlichkeitsverein „Frischlichkeit“, gegründet 1880, Abends 9 Uhr Grüner Weg 29.

Telegraphische Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)
Belgrad, Dienstag 4. Dezember. Die außerhalb verbreiteten Gerüchte über neuerdings in Serbien stattgehabte oder bevorstehende Unruhen sind völlig ungedünnet. Betreffs der Verfassungstrage herrscht zwischen allen drei Parteien völliges Ein-vernehmen.
Das Subkomitee des Verfassungsausschusses beendete seine Arbeiten und wird am Donnerstag eine Plenar-sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden.

Rom, Dienstag 4. Dezember. Der vulkanische Ausbruch auf der Insel Vulcano (Liparische Inseln) sieht in Verbindung mit einer unterirdischen Eruption etwa einen Kilometer südlich der Insel, an welcher Stelle, wie verlaudet, unter starker, auf-schäumender Bewegung der See Steine und Bimstein empor-geschleudert werden.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Honorarbestimmung beizufolgen. Antworten werden nicht erteilt.
Barbys G. P. Beide Werke sind noch nicht vollständig erschienen. Die französische Revolution wird wohl 20 Bände umfassen.
Der Herr, der gestern Abend in der Redaktion den Quot-vertausch hat, wird ersucht, den Austausch in der Expedition dieses Blattes, Zimmerstr. 44, zu bewirken.